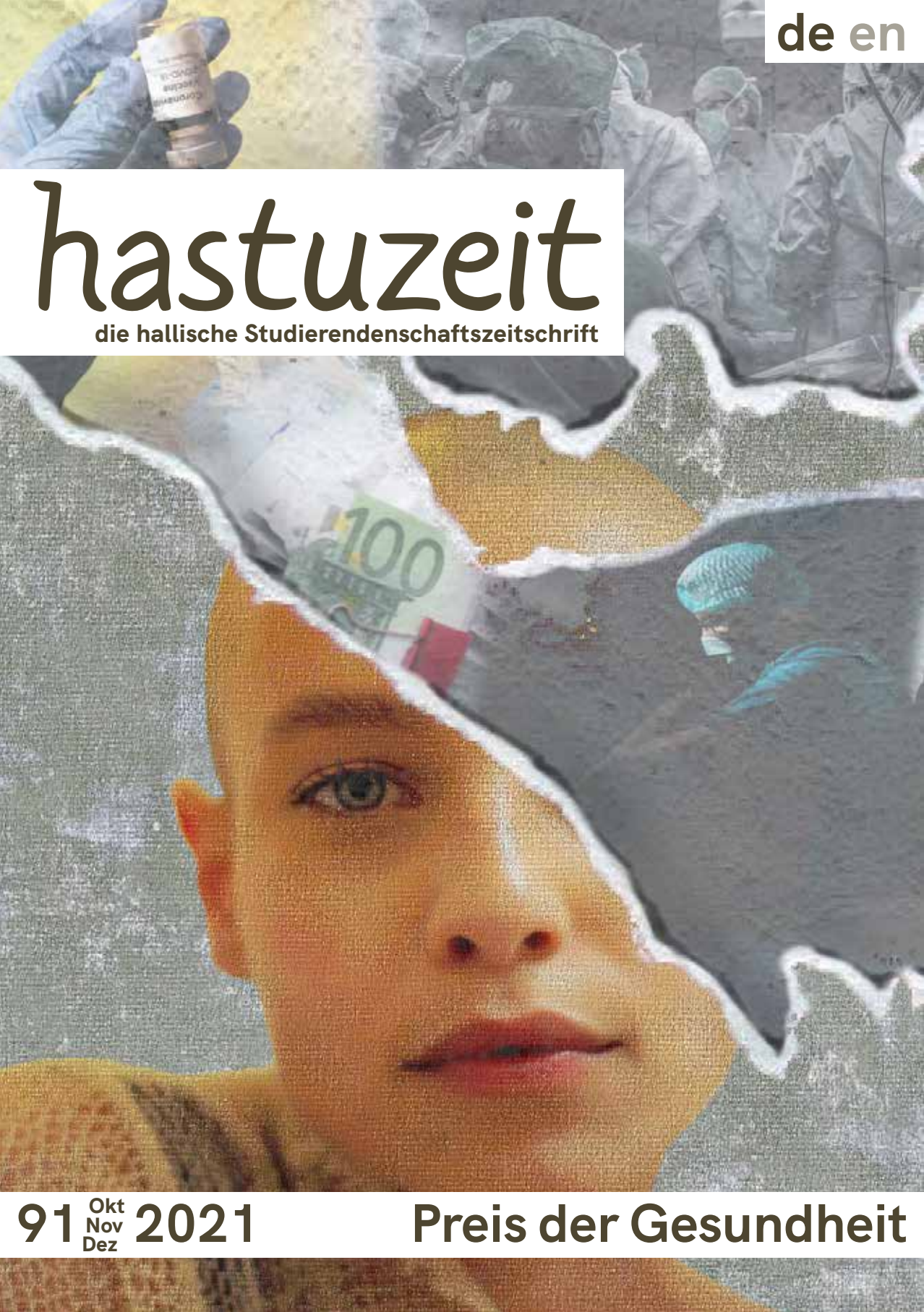


de en

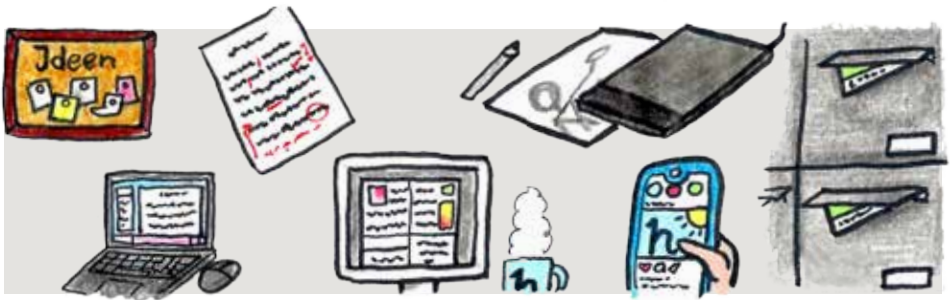
hastuzeit

die hallische Studierendenschaftszeitschrift



91 Okt
Nov
Dez 2021

Preis der Gesundheit



Impressum

hastuzeit, die hallische Studierendenzeitschrift, wird herausgegeben von der Studierendenschaft der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und erscheint in der Regel zweimal im Semester während der Vorlesungszeit.

Chefredaktion (verantw.): Cynthia Seidel, Hermine Clara Vulturius

Redaktion: Konrad Dieterich, Julia Golde, Paula Götze, Anna Heydenreich, Clara Hoheisel, Jomana Khadimallah, Manuel Klein, Stefan Kranz, Amy Liebig, Tanja Möller, Marlene Nötzold, Anna Schomberg, Paul Thiemicke, Laurin Weger

Freie Mitarbeit: Laura Dürschmidt, Lisa Marie Emig, Joya Hanisch, Senta Hollmann, Nadja Junghans, Clara Pohlandt, Anne Volksdorf, Henriette Werling, Tom Wilsdorf, Milena Wolf

Satz und Gestaltung: Konrad Dieterich

Titelbild: Tanja Möller

Anschrift: *hastuzeit*, c/o Studierendenrat der Martin-Luther-Universität, Universitätsplatz 7, 06108 Halle

E-Mail: redaktion@hastuzeit.de

Website: www.hastuzeit.de

Redaktionsschluss: 29.6.2021

Druck: Druckerei H. Berthold, Äußere Hordorfer Straße 1, 06114 Halle
Der Umwelt zuliebe gedruckt auf Recyclingpapier.

Auflage: 4200 Stück (Ersti-Edition), 3000 Stück (reguläre Edition)

hastuzeit versteht sich als Mitmachmedium. Über Leserbriefe, Anregungen und Beiträge freuen wir uns sehr. Bei Leserbriefen behalten wir uns sinnwahrende Kürzungen vor. Anonyme Einsendungen werden nicht ernst genommen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt *hastuzeit* keine Haftung.

Neue Mitglieder sind der Redaktion herzlich willkommen. Sitzungen finden dienstags um 19.00 Uhr statt (zur Zeit nur online).

Zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 7 vom 1.5.2013.

Entsprechend gekennzeichnete Fotos stehen unter einer Creative-Commons-Lizenz. Erläuterungen und Vertragstexte zu den Lizenzen unter <http://creativecommons.org/licenses/>

Liebe Leser:innen,

uns tat es gut, mal nicht jeden Morgen den Laptop aufzuklappen, um den Tag mit Online-vorlesungen und -seminaren zu starten. Wir hoffen daher, dass Ihr Eure bisherigen Semesterferien trotz Hausarbeiten, Klausuren, Praktika, Nebenjob genießen und vielleicht auch mal die Pandemie für einen Augenblick vergessen konntet. Die *hastuzeit* hat die freien Tage genutzt und eine neue Ausgabe gestaltet.

Im Titelthema „Preis der Gesundheit“ beschäftigen wir uns mit einigen Aspekten rund um die Ungerechtigkeit im deutschen Gesundheitssystem und insbesondere, wie sich finanzielle Faktoren bei den Betroffenen bemerkbar machen. Dazu war die *hastuzeit* beim Walk of Care in Halle dabei und hat Pflegende, Pflegestudierende und Medizinstudierende begleitet, wie sich für eine menschenwürdige Pflege einsetzen.

In der Kategorie *hastuUni* erfahrt Ihr alles rund um die anstehenden Kürzungspläne des Rektorats an der Uni, welche Rolle Nachhaltigkeit an der MLU spielt und die „Call me by my name“-Initiative. Außerdem hat sich die *hastuzeit* im Artikel „Die Angst vor anderen“ mit sozialer Angst im universitären Kontext auseinandergesetzt und mit Betroffenen darüber gesprochen, wie sich ihre psychische Beeinträchtigung auf ihr Uni-Leben auswirkt, aber auch, welche Chancen und Gefahren in der Online-Uni liegen.

Bei *hastuInteresse* haben wir ein Interview mit der hallischen Hochschulgruppe von Amnesty International geführt, in dem uns zwei Studierende von ihren Erfolgserlebnissen, aber auch von schwierigen Schicksalen berichten. Außerdem haben wir in dem Artikel „Wundermittel oder Teufelszeug? Unser Hunger nach Palmöl“ einen tieferen Blick in das viel diskutierte Thema Palmöl gewagt.

Viel Spaß beim Lesen und einen herrlichen Spätsommer!

Eure Cynthia und Hermine





Titelthema

Lieber machen
statt klatschen
„Walk of care“ 7

Aus eigener Tasche
Neurodermitis-
behandlung 11

(K)ein gerechtes
Gesundheitssystem
Multimediaprojekte 14

hastuUni

Demo erfolgreich – Senat
will andere Wege finden
Kürzungsdebatte 21

Onlinewahl 2.0
Ergebnisse und Vorhaben
in Stura und Senat 24

Studierende beim
Impfen vergessen?
Umfrageergebnisse 27



de en

Die Angst vor anderen Soziale Ängste
The fear of others Social anxiety 32

„Bei meinem Namen“
Initiative „Call me by my name“ 40

Nachhaltige Zukunft?
Das „Nachhaltigkeitsbüro“ der Uni 44

Inhaltsverzeichnis

Einladung

Die *hastuzeit* lebt auch
von Eurer Mitarbeit 19



hastu Interesse

Wundermittel oder
Teufelszeug? Unser
Hunger nach Palmöl 53

**Die Stadt ohne Ober-
bürgermeister Die
rechtliche Seite 63**

„Es ist schon manchmal nicht leicht.“ Amnesty-Arbeitskreis Asyl **65**

StuRa aktuell

Die Seiten des Studierendenrats
der MLU 71

Titelthema



Lieber machen statt klatschen

Pflegende, Pflegestudierende und Medizinstudierende engagieren sich seit dem letzten Jahr als „Walk of Care Halle“ für eine menschenwürdige Pflege. Im Mai haben sie dazu eingeladen, mit ihnen dafür zu demonstrieren – und einfach einmal den Pflegeberuf zusammen zu feiern.

Ströme von Regen verwandeln die Ziegelwiese in einen Sumpf. Schritte platschen auf dem Gras, während sich immer mehr Menschen am Fuß der Peißnitzbrücke versammeln. Trotz des Frühlingsgusses warten rund 100 Teilnehmer:innen mit farbenfrohen Plakaten, Bannern, Regenjacken und Schirmen darauf, dass die Mitglieder des „Walk of Care“ die Demonstration eröffnen. Wie schon bei ihrem letzten Onlinetreffen versprühen diese Freude, Zusammenhalt und vor allem eines: den Ehrgeiz, sich für die gemeinsamen Ziele einzusetzen.

Nicht nur in Halle werden am 12. Mai, dem Internationalen Tag der Pflegenden, Aktivist:innen aus Gesundheitsberufen laut. In ganz Deutschland haben sie sich als „Walk of Care“ zusammengeschlossen. Ausgangspunkt ist die Gruppe in Berlin, die dort schon seit einigen Jahren aktiv ist und jede Woche demonstriert. An der Hauptstadt orientiert sich der „Walk of Care Halle“ auch, was seine Forderungen für die Pflegeberufe angeht. Unter dem Motto *#gibuns5* hat dieser sie schon im Vorhinein über soziale Medien geteilt: eine gesetzliche Personalbemessung, eine gerechtere Finanzierung des Gesundheitswesens, eine gute Ausbildung, eine Fort- und Weiterbildungsordnung und politische Mitbestimmung. Dabei gestaltet nicht nur der „Walk of Care Halle“ das Programm, auch Vertreter:innen des Bündnisses „Gesundheit ohne Profite“, der Pflegewissenschaft der MLU und der Gewerkschaft ver.di sind unter anderem beteiligt. Zwischendurch sorgen zwei DJs immer wieder mit Musik dafür, dass die Anwesenden der Kälte des Regens mit Tanz begegnen können.

Personalmangel auf Kosten der Patient:innen

Die rund 15 Aktivist:innen bringen ganz individuelle Erfahrungen zum „Walk of Care“ mit. Für viele von ihnen wurden schon früh Missstände in der Pflege spürbar. „Da war einmal ein Patient, der lag gerade im Sterben, und es hat sich keiner so wirklich um ihn gekümmert“, erzählt Max. „So etwas geht einfach nicht.“ Der Patient habe kaum Sterbebegleitung erfahren. Max befindet sich gerade in seiner zweiten Pflegeausbildung zum Gesundheits-

und Krankenpfleger. Zuvor war er in der Altenpflege tätig. Die Begeisterung, problematischen Situationen wie der geschilderten nun konstruktiv zu begegnen, blitzt in seinen Augen: „Das ist ein unbeschreibliches Gefühl.“

Jascha wiederum studiert Evidenzbasierte Pflege an der MLU. Er kam zum ersten Mal in der zehnten Klasse mit dem Pflegeberuf in Kontakt, als er ein Praktikum in einem Pflegeheim absolvierte. Dort war er bestürzt, wie wenig Personal für die Bewohner:innen zur Verfügung stand und was daraus resultierte. „Das geht da los, dass Bewohner:innen überhaupt nicht die Möglichkeit haben, aus dem Bett herauszukommen“, erzählt mir Jascha, „und es passiert, dass Leute erst viel zu spät bei der Körperpflege unterstützt werden.“ Er führe das auf die Strukturen der Einrichtung zurück. Nachdenklich fügt er hinzu: „Das hat mit menschenwürdiger Pflege teilweise nicht mehr viel zu tun – oder auch gar nichts.“

Zwar hat die Corona-Pandemie die Öffentlichkeit auf Kapazitätsgrenzen in der Pflege aufmerksam gemacht – vor allem was die Intensivpflege betrifft –, doch das Zuhören der Öffentlichkeit allein reiche hier nicht, so Jascha. Es fehle an Konsequenzen. Daher werbe der „Walk of Care“ auch mit dem Slogan „Lieber machen statt klatschen“. Weiterhin bedürfe es einer neuen Grundhaltung der Gespräche. Statt über Personaluntergrenzen müsse dringend über eine bedarfsgerechte Personalausstattung diskutiert werden. Anders als der „Walk of Care Berlin“ hat die hallische Gruppe in ihren Forderungen ergänzt, dass die Personalbemessung von einem externen Gremium überwacht werden solle. Dahinter stehe ein Stück weit die Forderung nach einer Pflegekammer, meint Jascha. „Die Pflegekammerthematik sorgt immer wieder für Differenzen“, erklärt er. Es gebe noch keine gesetzlich bindende Bundespflegekammer, obwohl sich viele Teile der Gesundheitsbewegung ein solches Gremium wünschen – aber eben nicht alle.

Gute Aus- und Weiterbildung ist das A und O

Etwa eine Stunde nach Beginn der Demonstration hüpft eine Aktivistin mit Fußverband und auf einem Bein auf den Wiesenabschnitt, der als Bühne dient. Dann setzt sie sich, eine Patientin mimend, auf einen Stuhl. Mit einem erfrischenden, ironischen Sketch präsentiert der „Walk of Care“ dem Publikum typische Situationen, die sich zwischen Patient:innen, Auszubildenden und erfahreneren Kolleg:innen begeben.

„Das haben wir schon immer so gemacht“, wiederholt Hannah mehrmals, während sie in ihrer Rolle als „alte Häsin“ den Auszubildenden anleitet. In ihrem tatsächlichen Berufsalltag ist es allerdings sie, die den Satz häufig zu hören bekommt. Sie arbeitet seit fünf Jahren in der Pflege und findet, dass es für Pflegenden eine Pflicht zur Weiterbildung geben sollte. Den Auszubildenden im Sketch spielt Max. Er kann sich dabei auf seine eigenen Erfahrungen beziehen. „Ich kann die Forderung nach einer besseren Ausbildung authentischer formulieren als jemand, der vor zehn Jahren ausgelernt hat“, sagt er nach dem Sketch. Er wisse einfach, wo gerade die Probleme liegen.



Ein neues Verständnis von Pflege

Neben einer guten Ausbildung kommt es für Jette, eine Medizinstudentin an der MLU, aber am meisten auf die politische Mitbestimmung von Pflegenden an. Sie schildert, dass hier die größten Defizite vorhanden seien. „Es gibt ja den GBA, den Gemeinsamen Bundesausschuss, der viele medizinische Entscheidungen fällt, die auch die Pflege betreffen“, erklärt sie. Darin säße aber keine Vertretung der Pflege. Viele Ärzt:innen fühlten sich in ihrer Vormachtstellung bedroht, wenn die Pflege in den Gremien stärker vertreten wäre, meint Jette. Die schlechte Kommunikation zwischen Ärzt:innen und Pflegenden sei ein Grund, warum sie sich als Medizinstudentin beim „Walk of Care“ engagiert. Bereits in dem dreimonatigen Pflegepraktikum zu Beginn ihres Studiums bemerkte sie den Mangel an kommunikativem Austausch zwischen den beiden Berufsgruppen. Die Wahrnehmung der Pflegenden sah damals so aus: „Ihr werdet ja später sowieso Ärzt:innen und kümmert euch dann eh nicht mehr um uns.“ Diese Haltung ist laut Jette darauf zurückzuführen, dass sich Pflegende von Ärzt:innen nicht wertgeschätzt fühlen.

Doch es liegt dem „Walk of Care“ nicht nur daran, Ärzt:innen für ihren Blick auf die Pflege zu sensibilisieren. Auch innerhalb der Gesellschaft, so Jascha, hätten Pflegende noch mit einer veralteten Vorstellung von ihrem Beruf zu kämpfen. Dieses Bild der „sich aufopfernden Krankenschwester“ ist für ihn nicht mehr zeitgemäß und sehr antiemanzipatorisch. Zudem müssten häufig Mediziner:innen für die Belange der Pflege eintreten, auch wenn sie gar nicht betroffen wären. „Wir arbeiten eng mit Ärzt:innen zusammen, gar keine Frage, aber wir sind längst nicht mehr die Handlanger der ‚Götter in Weiß‘, wie es oft dargestellt

wird“, hebt Jascha hervor. Die Pflege sei eine selbstständige Profession, mit eigener Wissenschaft und eigenem Berufsethos. Letztlich litten ja nicht nur die Pflegenden, sondern vor allem die Patient:innen unter den Defiziten in der Pflege. So gehe der Appell, sich hinter die Pflegenden zu stellen, sowohl an die Politik und Arbeitgeberverbände als auch an die gesamte Gesellschaft.

Schließlich richte sich der Aufruf auch an die Pflegenden selbst, sagt Jascha. Die Verbesserungen würden von alleine nicht eintreten. Daher sei es wichtig, sich zu solidarisieren und sich eine Stimme zu geben. Weiterhin möchte der „Walk of Care“ Pflegenden Mut machen, gemeinsam ihren Berufsstolz zu zeigen. Denn es gäbe kaum Pflegende, die nicht für ihren Beruf brennen. „Wir haben eigentlich alle dieselben Ideale“, bemerkt Jascha, „wir wollen eine menschenwürdige Versorgung haben, wir wollen mit Menschen arbeiten und ihnen Gutes tun.“ Diese Ideale gerieten nur leider unter den Bedingungen des Berufsalltags in den Hintergrund. Deshalb sei es so wichtig, das defizitäre Bild der Pflege grundlegend zu ändern – und dazu gehöre, stolz darauf zu sein, was man tut.

Wie geht es weiter?

Trotz des anhaltenden Regens sind viele Besucher:innen hartnäckig, applaudieren und tanzen. Über mehr als drei Stunden erstreckt sich die Veranstaltung. Doch langsam stellt sich die Frage, wo sich der „Walk of Care Halle“ in Zukunft sieht.

Schon vor dem 12. Mai erhielten die jungen Aktivist:innen Zuspruch von außen. Besonders engagiert war eine Pflegende aus Halle, die über Instagram auf die Gruppe aufmerksam wurde. In Vorbereitung auf die Demonstration schickte sie dem „Walk of Care“ Videos, wie sie und ihre Belegschaft Plakate und Banner bemalen. „Es freut uns natürlich, positive Rückmeldung von bereits Pflegenden zu bekommen“, sagt Jascha, „weil der ‚Walk of Care Halle‘ sehr durch Pflegeauszubildende und Pflegestudierende geprägt ist.“ Diese Unterstützung mache Mut für die gemeinsamen Aktivitäten. Allerdings seien einige Strukturen, die die Gruppe verändern möchte, auch etwas träge. Doch auch hier ist Jascha zuversichtlich: „Sie werden sich mit uns auseinandersetzen müssen“. Wichtig sei, einen Dialog zwischen allen Akteur:innen aufzubauen und eine Plattform für Austausch zu bieten.

Für den „Walk of Care“ stehe auf jeden Fall fest, auch nach der Demonstration als gesundheitspolitische Gruppe aktiv zu bleiben, freut sich Jette. Zum Verfassungszeitpunkt dieses Artikels sind die Aktivist:innen schon bei der „unteilbar“-Demonstration in Halle und auf einer weiteren „Walk of Care“-Demonstration in Berlin gewesen. Auch Kreativbeiträge und Austausch ermisst Jascha als wichtigen Aspekt des Engagements. Er freut sich auf eigene Videoproduktionen, Songs, Vorträge oder Foren. „Das Schöne ist: Die Demo ist nicht das Ende von irgendetwas“, bilanziert er, „sondern sie ist erst der Anfang“.

Text: Milena Wolf

Foto: Walk of Care Halle

Rubrikeinleitungsbild: Marlene Nötzold

Aus eigener Tasche

14 Prozent aller Menschen erkranken irgendwann in ihrem Leben, meist schon in jungen Jahren, an Neurodermitis, so das RKI. Damit ist die sogenannte atopische Dermatitis die häufigste chronische Hauterkrankung. Das umstrittene Kortison zahlt die Krankenkasse, die Basispflege müssen Erkrankte jedoch selbst bezahlen.

Neurodermitis ist eine chronische Erkrankung, die kontinuierlich, das heißt auch in symptomfreien Zeiten, behandelt werden muss. Erkennbar ist sie an einer allgemein trockenen Haut mit geröteten, entzündeten Stellen und einer Vergröberung und Verdickung dieser. Die betroffenen Bereiche – meist die Arm- und Kniebeugen, der Nacken und die Hände – jucken oft sehr stark und schuppen. Da niemand seine Haut einfach ablegen kann, tragen Betroffene ihre Neurodermitis immer bei sich, sodass die Erkrankung alle Lebensbereiche beeinflusst und die Lebensqualität reduziert.

„Ursache der Erkrankung ist sehr häufig eine Störung der Hautdurchlässigkeit, eine sogenannte Barriestörung“, erklärt die Hautärztin Dr. Jana Uhlhaas. Durch diese sei die Abwehrfunktion der Haut gegenüber Allergenen und Umwelteinflüssen verschlechtert. Dieses Problem lasse sich therapeutisch durch eine nebenwirkungsfreie Basistherapie mit wirkstoff- und konservierungsstofffreien Cremes und Salben deutlich verbessern. Sie schützen die Haut vor dem Austrocknen, sodass man präventiv die Schuppung und Reizung verhindert. „Auf Grund der hohen Kosten wird diese in Deutschland allerdings nur wenig umgesetzt“, so Uhlhaas. Denn die Kosten dafür übernimmt die Krankenkasse – egal ob gesetzlich oder privat – nicht. Ausnahme: Bei Patient:innen bis zwölf Jahre können die Kosten nach ärztlicher Zustimmung übernommen werden.





Die Neurodermitis gehört zu den häufigsten Erkrankungen in Deutschland und kommt in allen Altersphasen vor. Sie beruht auf einer erblichen Veranlagung und kann über Monate, Jahre oder sogar Jahrzehnte auftreten. Selbst nach längeren Phasen der Erscheinungsfreiheit kann es wiederholt zu Phasen mit Hautausschlägen kommen.

und die Konzentrationsfähigkeit stören. Vielen Betroffenen sind ihre sichtbaren Ausschläge unangenehm. Durch eine gute Hautpflege, Medikamente und das Vermeiden von Auslösern lässt sich die Erkrankung aber meist in den Griff bekommen.“ Auf Nachfrage, ob die TK die „gute Hautpflege“ finanziell übernimmt, heißt es: „Die Produkte müssen medizinisch sein.“ Die meist nicht als medizinisch anerkannte Basispflege sei dort dementsprechend nicht einbegriffen.

„Medizinisch“ bedeutet für Neurodermitiker:innen meist eine Behandlung mit Kortison. Es soll die Ekzeme schnell abheilen, doch das ist nicht nebenwirkungsfrei. „Generell sind sie [verschiedene kortisonähnliche Wirkstoffe] bei kurzfristigen Anwendungen problemlos, sollten aber nicht als Langzeitbehandlung eingesetzt werden“, so Professor Matthias Augustin in einer Informationsbroschüre der TK.

Auf der Webseite der BKK Mobil Oil ein ähnliches Verständnis: „Das ständige Jucken führt dazu, dass die Kinder sich blutig kratzen und nur wenig Schlaf finden. [...] Die Mobil

Ein oft genannter Grund der Krankenkassen: Bei den Basistherapieprodukten handele es sich um „reine Hautpflege“ oder „zusätzliche Kosmetikprodukte“, deren Wirkung nicht von (ausreichend) Studien belegt sei. Die Kosten für die oft teureren und nebenwirkungsreichen Therapien mit Medikamenten werden von den Krankenkassen jedoch übernommen. Dass Betroffene bei einer inkonsequenten Behandlung mit hoher Wahrscheinlichkeit noch weitere allergische Erkrankungen wie Asthma bronchiale, Heuschnupfen oder Nahrungsmittelallergien entwickeln, scheint nebensächlich.

Wirft man einen Blick auf die Webseiten der Krankenkassen, ist ihnen die Schwere der Krankheit bewusst. So heißt es beispielsweise bei der Techniker Krankenkasse: „Eine Neurodermitis kann die Lebensqualität erheblich beeinträchtigen. Vor allem der Juckreiz kann belastend sein, den Schlaf

Krankenkasse übernimmt für Ihr Kind bis zum Alter von zwölf Jahren die Kosten [für sogenannte Neurodermitis-Overalls].“ Die Übernahme der Kosten für die Basispflege – auch hier Fehlanzeige. Die Nachfrage, ob es denn mögliche Zusatzversicherungen gäbe, wird verneint.

Oft wird unterschätzt, wie sehr eine Neurodermitis das Leben erschweren kann. Für Betroffene ist sie ein ständiger Begleiter und verhält sich anders als beispielsweise ein Pickel auf der Haut, der abgedeckt werden kann. Neurodermitiker:innen können ihre Ekzeme nicht einfach überschminken. Es hätte einen ähnlichen Effekt wie das Salz in einer Wunde.

Auch bei anderen Hautkrankheiten wie Akne übernehmen die Krankenkassen keine Kosten für die Basispflege. Dabei zählt auch Akne zu den weltweit am häufigsten auftretenden Hautkrankheiten, die in Form von Pusteln, Pickel und Mitessern im Gesicht, aber auch auf dem Rücken und dem Dekolleté auftreten kann. Betroffen sind oft Pubertierende, wegen der pubertätsbedingten hormonellen Veränderungen, aber auch Erwachsene, die an der sogenannten Acne tarda oder Spätakne erkranken können. Die Kosten für eine Akne-Behandlung sind abhängig von der Art und dem Ausmaß der Hauterkrankung. Die Krankenkassen übernehmen jedoch lediglich die medizinische Behandlung beim Hautarzt und die – häufig kortisonhaltigen – verschreibungspflichtigen Arzneimittel. Als „kosmetisch“ geltende Pflegeprodukte werden, ähnlich wie bei der Neurodermitis, nicht erstattet.

Gesetzliche Regelungen

„Bei der Auswahl der nötigen Pflegeprodukte müssen Betroffene auf vieles achten: Sie sollten keine Duft- und Konservierungsstoffe oder Nahrungsmittelpoteine enthalten und auch keine Substanzen, die oft Kontaktallergien auslösen“, so Uhlhaas. Der Deutsche Neurodermitis Bund (DNB) schätzt die Kosten für eine gute Basispflege auf etwa 1500 Euro pro Jahr – und das aus eigener Tasche, denn im Modernisierungsgesetz für die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) von 2004 wurden rezeptfreie Arzneimittel aus der Kassen-erstattung ausgeschlossen. Eine reine Sparmaßnahme, die nur wenige Ausnahmen zuließ. Harnstoffhaltige Salben, die weltweit den Therapiestandard bei Neurodermitis darstellen, zählen bis heute nicht dazu.

Aus medizinischer Sicht sei dies bei der Basispflege nicht nachvollziehbar, so Professor Thomas Werfel, Präsident der Deutschen Gesellschaft für Allergologie und Klinische Immunologie (DGAKI). „Auch in der Leitlinie zur Neurodermitis-Therapie (2021) wird die kostenintensive Basispflege als kausale Therapie definiert und gehört damit aus Sicht der DGAKI in den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkassen.“ Die Basispflege sei neben verschiedenen Wirkstoffen sehr wichtig, da wirkstofffreie Cremes und Lotionen dazu beitragen, dass sich der Allgemeinzustand der Haut bessert. Sie stärken die Hautbarriere, deren erhöhte Durchlässigkeit eine Hauptursache der Erkrankung sei, so Werfel.

Text: Cynthia Seidel

Illustrationen: Marlene Nötzold



Das Storytelling-Format „Von UNGLEICHEN T:RÄUMEN“ zeichnet beispielhaft unterschiedliche Lebensräume von Kindern nach.

(K)ein gerechtes Gesundheitssystem?

Sich gesund ernähren, Sport machen und Stress vermeiden sind Möglichkeiten, um seine Gesundheit zu verbessern.

Doch die Verantwortung für seine Gesundheit trägt nicht jeder allein. 15 Studierende an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg haben sich mit der Frage beschäftigt, wie soziale Ungleichheit zur gesundheitlichen Benachteiligung führen kann. Daraus entstanden vier multimediale Projekte. Ein Gastbeitrag einer Studentin der „Multimedia und Autorschaft“.

In den letzten Monaten unter Corona wurde deutlich, wie wichtig Gesundheit ist. Diese ist nicht nur vom individuellen Verhalten abhängig, sondern auch von anderen Faktoren wie Diskriminierung, dem Wohnort oder Armut. Zwar kann die richtige Ernährung und viel Bewegung Krankheiten verhindern, andere sozial bedingte Faktoren können jedoch nicht gesteuert werden.

Seit mehr als einem Jahr beschäftigt sich der aktuelle Jahrgang des Masterstudiengangs „Multimedia und Autorschaft“ genau mit diesen Themen. Unter dem Namen „Diagnose: Unsichtbar“ entwickelte er in Kooperation mit Medizin-Studierenden journalistische Formate, die dem Thema zu mehr Aufmerksamkeit verhelfen sollen. Daraus entstanden der Podcast „unbehandelt“, das journalistische Instagram-Format „bittere.pille“, der „Upstream“-Newsletter für Sozialmedizin und das digitale Storytelling-Format „Von UNGLEICHEN T:RÄUMEN“.



Amand Führer betreute die Projekte mit und unterstützt die Studierenden bei ihren Recherchen.

Was ist Sozialmedizin?

Ein Teilbereich der Medizin fokussiert genau diese Ursachen von Erkrankungen. Sozialmedizin versteht Gesundheit und Krankheit als gesellschaftliche Phänomene, die sich aus den Lebensbedingungen, unter denen man aufwächst und lebt, ergeben. In seiner ersten Ausgabe beschäftigt sich der „Upstream“-Newsletter mit der Sozialmedizin. Es wird gezeigt, wie sie versucht, die Ursachen der Erkrankungen zu bekämpfen und nicht nur die Erkrankungen selbst.

Der Sozialmediziner Amand Führer, der das Projekt mit betreut hat, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Medizinische Epidemiologie, Biometrie und Informatik (IMEBI) an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Er erklärt, wie genau Sozialmedizin helfen kann: „Die Sozialmedizin versucht zu verstehen, wie durch Veränderungen der Art und Weise, wie wir leben, Gesundheit gebessert und Krankheit verhindert oder vermindert werden kann.“ In der Individualmedizin wird versucht, durch Medikamente oder Operationen Krankheiten zu bekämpfen. Die Sozialmedizin setzt hingegen viel früher ein und betrachtet den Zusammenhang zwischen Krankheit und sozialer Umwelt.



Mit Grafiken, Videos und Karussell-Posts bringt „bittere.pille“ Abonnierenden sozialmedizinische Themen näher.

ten nicht nur das individuelle Verhalten und den körperlichen Zustand, sondern auch die gesellschaftlichen und sozialen Verhältnisse, in denen die Menschen leben. Diese Verhältnisse müssten laut der Polikliniken für eine bessere Gesundheit verändert werden. Zu diesen Veränderungen zählen: eine gleichmäßige Reichumsverteilung, ausgleichende Sozialpolitik, gerechte Wohn- und Arbeitsverhältnisse, nachhaltige Umweltpolitik, die Bekämpfung von Rassismus und die Gleichstellung der Geschlechter. Die Angebote der Polikliniken reichen von einer ambulanten Gesundheitsversorgung bis hin zu einer psychologischen Beratung, Sozialberatung und Veranstaltungen zur Vernetzung. Zu dem Zusammenschluss gehören die Poliklinik Veddel Hamburg, das Gesundheitskollektiv Berlin, die Poliklinik Solidarisches Gesundheitszentrum Leipzig, das Gesundheitskollektiv Dresden und SoliMed Köln.

„bittere.pille“ sprach mit Philipp Dickel von der Poliklinik Veddel in Hamburg, der die Absichten der Polikliniken zusammenfasst: „Wenn heute über Gesundheit oder Krankheit

Ursachen, die dazu führen, dass Menschen ein erhöhtes Risiko haben, zu erkranken, sollen verändert werden. Daher arbeiten Sozialmediziner und Sozialmedizinerinnen oft in Organisationen des Gesundheitswesens und der sozialen Sicherung. In der Wissenschaft erforsche die Sozialmedizin die Ursachen, Häufigkeiten und Verteilung von bestimmten Erkrankungen und entwickle vorbeugende Maßnahmen. „Die sozialmedizinische Analyse zeigt, dass es in unserer Gesellschaft viele gesundheitliche Ungleichheiten gibt und dass diese ganz wesentlich durch soziale Ungleichheiten hervorgerufen werden“, meint Amand Führer.

Kliniken für eine gerechtere Gesundheit

Der Instagram-Account „bittere.pille“ befasste sich ebenfalls mit den sozialen Faktoren von Gesundheit und stellt dabei das Poliklinik-Syndikat vor. Dieses ist ein Zusammenschluss von Projekten, die sich dem Aufbau sowie Betrieb solidarischer Gesundheitszentren widmen. Die Projekte wollen so gesundheitlicher Ungleichheit entgegenwirken und für eine gerechte und solidarische Gesellschaft eintreten. Sie betrach-

gesprochen wird, geht es häufig um das individuelle Verhalten der Menschen. Doch wer kann überhaupt sein Verhalten ändern? Es wäre wichtiger, über die sozialen Determinanten zu sprechen.“

Von Verhaltensprävention spricht man, wenn man Krankheiten durch richtiges Verhalten entgegenwirkt. So können Krankheiten zum Beispiel mit guter Ernährung, weniger Stress und mehr Bewegung verhindert werden. Doch viele Faktoren, die krank machen, sind nicht unmittelbar vom eigenen Verhalten abhängig.

Daher gibt es noch die Verhältnisprävention. Hier werden beispielsweise auch die Lebens- und Wohnverhältnisse, die Arbeit, das Einkommen, Diskriminierungserfahrungen oder Ausgrenzung, die einen großen Einfluss auf die Gesundheit haben, betrachtet. Die Verhältnisse, in denen man lebt, bestimmen auch, wie gesund man ist. Jedoch sind diese nicht überall gleich. Sie können von dem Stadtviertel, in dem man wohnt, oder von der finanziellen Situation abhängen: „Sich gut zu ernähren und auch Zugang zu guten Nahrungsmitteln zu haben, ist in ärmeren Viertel wesentlich schwieriger. Sowohl was die Kosten angeht als auch den Zugang“, nennt Dickel als Beispiel. Wenn man diesem Ansatz folgen würde, bedeute das, dass Gesundheit bei allen politischen Entscheidungen mitgedacht und berücksichtigt werden müsse. Es müssten gemeinsam Verhältnisse geschaffen werden, in denen alle gesund leben können. Das betrifft laut Dickel beispielsweise den sozialen Wohnungsbau oder den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs.



Das Stadtviertel, in dem man lebt, hat Einfluss auf die Gesundheit und kann auch das Einkaufsverhalten beeinflussen.

Hören, Sehen und Lesen

Jeder Jahrgang des Masterstudienganges „Multimedia und Autorschaft“ arbeitet zwei Semester lang an einem gemeinsamen Jahrgangsprojekt. Die 15 Studierenden fanden unter dem Titel „Diagnose:Unsichtbar“ heraus, was Ungleichheit im Gesundheitssystem bedeutet. Damit auch auf die individuellen Interessen der Studierenden eingegangen werden kann, konnte sich der Jahrgang in Gruppen mit verschiedenen Formaten einteilen.

Gemeinsam wurden dann Konzepte zu verschiedenen Medien wie Instagram oder Website entwickelt. Auch wenn die Projekte das gleiche Grundthema haben, setzen die vier Formate – Podcast, Newsletter, Instagram, Storytelling-Website – einen unterschiedlichen Fokus.

Der Podcast „unbehandelt“ versucht in seinen drei Folgen der Frage „Warum bekommen Menschen nicht die medizinische Behandlung, die sie brauchen?“ auf den Grund zu gehen. In der ersten Folge wird die schwierige Gesundheitsversorgung von EU-Migrant:innen thematisiert. Die zweite behandelt die Schwierigkeiten eines Schwangerschaftsabbruches, und die dritte konstruiert ein optimales Gesundheitssystem. Ein Intro leitet in die Themen ein: „Stell dir vor, du bist krank – aber du kannst nicht zum Arzt. Stell dir vor, du bekommst nicht die medizinische Beratung, die du brauchst. Stell dir vor, du bleibst unbehandelt.“

Im Newsletter „Upstream“ werden Wissenschaft, Journalismus und Praxis miteinander verwoben. Jeden Monat gibt es ein anderes Thema wie zum Beispiel die Auswirkungen des Klimawandels auf die Gesundheit. Auf ihrer Website kann man alle Ausgaben nachlesen und noch mehr über die Themen erfahren.

Das Storytelling-Format „Von UNGLEICHEN T:RÄUMEN“ untersucht anhand von Studien, Feldforschung und Expert:innen-Interviews, wie das Stadtviertel, in dem Kinder aufwachsen, ihre Gesundheit beeinflussen kann. Dafür haben sie sich in Halle besonders die Viertel Kröllwitz, Paulusviertel und Halle-Neustadt angeschaut. Ihre Eindrücke haben sie in Bildern festgehalten. Zusammen mit einer Studie von Karoline Wagner und Interviews mit Organisationen wie dem Kinderschutzbund Blauer Elefant in Silberhöhe finden die Studierenden so heraus, dass Kinder für ein gesundes Leben nicht die gleichen Voraussetzungen haben.

Der journalistische Instagram-Account „bittere.pille“ zeigt, wie verschiedene Faktoren wie die Umwelt oder der soziale Status zur gesundheitlichen Benachteiligung führen können.

Unterstützt wurden die Projekte durch den Transfer- und Gründerservice der MLU und vom internationalen Mediennetzwerk „Are We Europe“, sodass ein Teil des Projektes mit einer europäischen und crossborderjournalistischen Perspektive in englischer Sprache umgesetzt wird. Die Studierenden beschäftigen sich auch in Zukunft mit dem Thema Gesundheit und setzen ihre Formate fort.

Text: Maike Grabow

Fotos: Meret Aupperle, Sarah-Marie Köpf

- Maike studiert den Masterstudiengang „Multimedia und Autorschaft“.
- <https://diagnose-unsichtbar.medienkomm.uni-halle.de/>

Das schreibt Ihr jetzt bitte mit.

Von Studierenden für Studierende – die *hastuzeit* lebt vom Mitmachen! Wir freuen uns auf Eure Teilnahme in allen Bereichen der *hastuzeit* – besonders auch zu hochschulpolitischen Themen und beim Layout.

Dabei sammelt Ihr nicht nur Punkte fürs Karma:
Wir bieten auch ein ASQ-Modul unter dem Titel
„Studierende schreiben für Studierende“ an.

Unser elektronischer Briefkasten
wartet schon auf Eure Zeilen:
redaktion@hastuzeit.de



hastuUni



Demo erfolgreich – Senat will andere Wege finden

Nach dem großen Protest gegen die vom Rektorat in Umlauf gebrachte Beschlussvorlage beschließt der Senat der MLU nach vierstündiger Diskussion eine deutlich verkürzte Stellungnahme. Kürzungen wird es dennoch geben müssen.

Der Streit um Kürzungen an der Martin-Luther-Universität hält an. Ihr fehlen laut eigenen Angaben circa 15 Millionen Euro im Jahr. Um nicht langfristige Schäden davonzutragen, hat das Rektorat am 25. Mai einen „Plan zur Profilschärfung und Haushaltskonsolidierung“ als Beschlussvorlage in Umlauf gebracht, die nicht nur bei den betroffenen Fachschaften auf viel Widerstand stieß, denn es soll massiv gekürzt werden. Auch die akademische Welt im In- und Ausland nahm die Pläne kritisch zur Kenntnis. Die Petition „Kahlschlag an der MLU verhindern“ des Fachschaftsrats der Philosophischen Fakultät I (<https://www.openpetition.de/petition/online/kahlschlag-an-der-mlu-verhindern-fakultaeten-retten>) wurde 16 000-mal unterzeichnet.

Wer hat Schuld?

Die MLU sei chronisch unterfinanziert. Das erkennen die Kritiker:innen des Plans zur Profilschärfung und Haushaltskonsolidierung der Martin-Luther-Universität an. Zur Sicherung der Finanzierung haben Land und Hochschulen den „Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken“ geschlossen. Dieser ist die Weiterführung des auslaufenden Hochschulpakts, durch den die Finanzierung der Universitäten in ganz Deutschland durch den Bund gefördert wurde. Seit 2020 haben sich die Länder verpflichtet, diese Aufgabe zu übernehmen. Zahlt das Land also einfach nicht genug Geld?

Dem schon länger existierenden Haushaltsdefizit muss demnach jetzt mit Sparmaßnahmen begegnet werden, damit die Handlungsfähigkeit der Universität mittelfristig erhalten bleibt. Ausgabereste, die in den letzten Jahren die Uni vor größeren Kürzungen bewahrt hatten, sind nun nicht mehr da. Zu den Sparmaßnahmen hat das Rektorat eine Beschlussvorlage veröffentlicht, die eine drastische Umstrukturierung vorsieht: Fakultäten sollen fusioniert und ganze Institute eingestampft werden. Wie? Auslaufende Professuren sollen nicht wieder besetzt werden. Das träfe unter anderem traditionsträchtige Institute wie die Altertumswissenschaften, die Agrarwissenschaften und auch die Sportwissenschaften.



Der Protest war groß. Unter anderem der Studierendenrat sowie die IG Altertum riefen zur Demonstration auf, und das mit Erfolg: Eineinhalb Stunden vor der außerordentlichen Senatssitzung am 2. Juni, in welcher der Grundsatzbeschluss besprochen werden sollte, versammelten sich knapp 1000 empörte Student:innen auf dem Universitätsplatz. Ihren Protest zieren Aufschriften wie „Et Tu Rector?“ oder „#MLUnterfinanziert“, mit denen sie die geplanten Sparmaßnahmen, die Unterfinanzierung durch das Land und die seitens des Landes praktizierte neoliberale Hochschulpolitik anprangern.

Tatsächlich ist bis zuletzt nicht genau klar, um was es sich bei den Rektoratsvorschlägen überhaupt handelt. Wäre der Beschluss irreversibel gewesen, wenn der Senat dem Papier zugestimmt hätte?

Schon zu Beginn der Online-Senatssitzung um 13.30 Uhr – zu der unsere Autor:innen erst 13.50 Uhr zugelassen wurden – stellte Rektor Christian Tietje klar, dass nicht über den Inhalt des erst wenige Tage alten Plans abgestimmt werden sollte und die Vorlage nur als Diskussionsanstoß gemeint sei. Dieser stieß, wie schon zuvor auf dem Universitätsplatz, auch in der Senatssitzung – bei der zeitweise über 900 Menschen teilnahmen – auf einhellige Ablehnung. Eine beschlussfähige Mehrheit würde sich nicht finden.

Beschluss einer abgeschwächten Fassung

Nach vierstündiger Diskussion kristallisierte sich eine tragfähige Mehrheit für eine durch Bertolt Marquardt (Senatsmitglied und Vertreter der Statusgruppe der sonstigen Mitarbeiter:innen) abgeschwächte Fassung der Rektoratsvorlage heraus. Diese erkennt die

Notwendigkeit des Handelns angesichts der schwierigen Haushaltssituation an. Gleichwohl wird dabei betont, dass mit dem Beschluss nur ein Einstieg in einen langen Prozess gemacht werde. Inhaltlich distanziert er sich deutlich von den vom Rektorat vorgeschlagenen Streichungen. Angenommen wurde das Papier mit 21 Dafür-Stimmen (1 dagegen, 1 Enthaltung).

Aufatmen können die von den Plänen des Rektorats betroffenen Institute allerdings nicht. Es bleibt abzuwarten, welche Einsparungsmaßnahmen getroffen werden müssen, wenn die Landespolitik nicht der Forderung nach mehr Geld nachkommt.

Wie geht es jetzt weiter?

Nachdem am 14. Juli erneut auf dem Uniplatz demonstriert wurde, gründete sich zur gleichen Zeit das Aktionsbündnis „#MLUnterfinanziert – Perspektiven schaffen“ offiziell. Es besteht unter anderen aus Stura, Personalrat, linken Hochschulgruppen und Fachschaftsräten betroffener Fakultäten. Gleichzeitig ist es für alle demokratischen Universitätsangehörigen offen. Auffällig ist jedoch, dass sich bisher kein:e Vertreter:in aus der Professor:innenschaft im Bündnis findet, stellt diese Gruppe doch die Mehrheit der im Senat sitzenden Mitglieder dar. Das Aktionsbündnis setzt sich für die Fächervielfalt an der MLU ein und lehnt sie geplanten Streichungen ab.

Text: Manuel Klein, Cynthia Seidel

Fotos: Konrad Dieterich

Rubrikeinleitungsbild: Marlene Nötzold





Onlinewahl 2.0

Wie habt Ihr gewählt, wer sitzt im neuen Stura und was sind die Pläne der Hochschulgruppen?

Vom 7. bis 16. Juni konnte über den Studierendenrat abgestimmt werden, mittlerweile sind die Stimmen ausgewertet. Obwohl sich nicht allzu viel verändert hat, wird es doch zumindest eine weitere Hochschulgruppe im nächsten Stura geben.

Die Offene Linke Liste (OLLi) bleibt mit 15 Sitzen die stärkste Fraktion. Nach einem Jahr Pause wieder neu hinzugekommen ist die Grüne Hochschulgruppe (GHG), die sich fünf Plätze sichern konnte und somit zweitstärkste Kraft im Gremium wird. EURE Liste (EULi), die Juso-Hochschulgruppe (Juso-HSG) und der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) bekommen jeweils vier Mandate. Hierbei konnte die Juso-HSG ein Mandat hinzugewinnen, EULi verlor zwei Sitze, der RCDS einen. Die Liberale Hochschulgruppe (LHG) schafft es, ihre Plätze zu erhalten und wird weiterhin drei Mandatsträger:innen entsenden. Die Antifaschistische Liste erhält einen Sitz und somit ein Mandat weniger als im Vorjahr. Unabhängige Vertreter:innen werden sich diese Legislaturperiode nicht im Studierendenrat finden lassen. Ihre Anzahl schrumpft von zwei auf null.

Nicht alle Listen freuen sich über die Ergebnisse. Während OLLi, GHG und Juso-HSG mit den Resultaten zufrieden sind, bedauern EULi und RCDS ihre Stimmverluste. „Dass die LHG und die EULi – mit einer ähnlichen sachpolitischen Ausrichtung wie der RCDS – bei der Wahl zum Stura Stimmverluste zu verzeichnen haben, betrübt uns“, so Jonathan Sieber, stellvertretender Vorsitzender des RCDS Halle. Hiermit bezieht er sich auf die Gesamtstimmzahl der Listen. Auch die LHG blickt kritisch auf die Ergebnisse. „Dass so





4 von insgesamt 22 Sitzen im Senat der MLU können die Studierenden bestimmen. „Students for Future“ ziehen zum zweiten Mal in Folge ein. „EURE Liste“ muss ihren Sitz an die Grüne Hochschulgruppe abgeben.

viele über die Offene Linke Liste eingezogen sind, halten wir für bedenklich“, meint Leon Köhler, Kandidat der LHG. Die OLLi hingegen sieht sich in ihrer Arbeit bestätigt: „Das Wahlergebnis zeigt das Bedürfnis der Studis nach progressiver, linker Hochschulpolitik, gegen Kürzungen und für emanzipatorische Bildung.“ Die GHG zeigt sich ähnlich erfreut. „Es ist ein wirklich unglaubliches Ergebnis, über das wir uns riesig freuen“, so Alicia Köberich und Lucy Marlow, Co-Vorsitzende der GHG.

Sowohl die OLLi als auch EULi loben die Zusammensetzung des neuen Sturas. Julius Brüggemann, Vertreter von EULi, sagt hierzu: „Erfreulich ist jedoch, dass der Stura nun eine größere Diversifikation an Hochschulgruppen aufweist und nun vielleicht neue Ideenreize hervorbringen kann.“

17-mal mehr ungültige Stimmen

Zum Start der Wahl kam es zu technischen Problemen bei der Anmeldung zur Stimmabgabe, diese konnten jedoch innerhalb weniger Stunden behoben werden. „Die elektronische Wahl ist immer noch ein sehr neues Verfahren für die Martin-Luther-Universität. Damit gehen auch bei der jetzigen Durchführung einige Anfangsschwierigkeiten einher“, so Carl-Jonas Mader, Vorsitzender des Wahlausschusses. Trotzdem konnten die Ergebnisse pünktlich am 21. Juni auf der digitalen Wahlparty bekannt gegeben werden. Dort sorgte vor allem die ungewöhnlich hohe Anzahl der ungültigen Stimmen für Verwunderung. Diese haben sich im Vergleich zur letzten Wahl in jedem Wahlkreis deutlich erhöht, in einigen sogar verzehnfacht. Bei den offenen Plätzen des Sturas wurden 17-mal mehr ungültige Stimmen abgegeben als noch im Vorjahr. Die möglichen Erklärungen reichen von technischen Problemen über Fehler bei der individuellen Verwendung des Wahlprogramms bis hin zu Protestwähler:innen. Hier zeige sich ein großes Problem der Onlinewahl, da nun nicht nachvollzogen werden könne, was der eigentliche Grund war, so die OLLi.

Auch die auf 15,85 Prozent (im Vorjahr 16,59 Prozent) gesunkene Wahlbeteiligung wurde diskutiert. Die Listen selbst sehen die Gründe für die sinkende Wahlbeteiligung an unterschiedlicher Stelle. Die Juso-HSG, GHG und LHG verweisen unter anderem auf den kurzen zeitlichen Abstand zur letzten Wahl. „Die Studierenden haben das Thema Wahl im Winter

2020 gedanklich abgehakt“, so Leon Köhler. Auch ein anhaltender Abstand zur Uni aufgrund der pandemischen Lage wurde als Grund angegeben. Hier könne der Onlinewahlkampf eher die ohnehin an Hochschulpolitik interessierten Studierenden erreichen, vermutet Julius Brüggemann. Zusätzlich vermuten OLLi, GHG und EULi mangelndes Wissen über die studentischen Gremien. „Ein weiterer Grund für die niedrige Wahlbeteiligung könnte sein, dass trotz vermehrter Aufklärung viele Studierende die Hochschulgremien und ihre Arbeit nicht kennen oder noch nicht gänzlich durchschaut haben“, so Alicia Köberich und Lucy Marlow.

Zukunftspläne der Listen

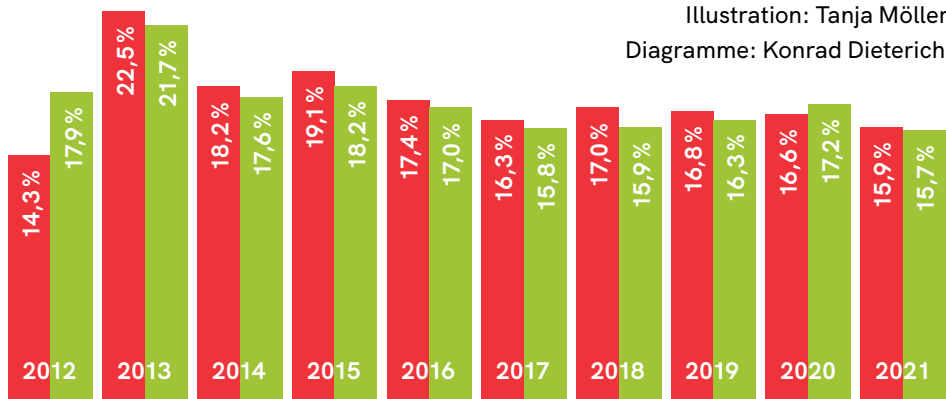
Für die kommende Wahlperiode haben die Hochschulgruppen unterschiedliche Zielsetzungen: Die LHG und der RCDS wollen ihren Fokus unter anderem darauf setzen, dass die Normalität der Studiensituation wiederhergestellt werde. Für die LHG heißt dies, einen Weg aus dem Lockdown zu finden. Der RCDS fordert die Rückkehr zur Präsenzlehre und will sich zusätzlich für eine Senkung der Semesterbeiträge einsetzen. Die OLLi hingegen legt ihr Hauptaugenmerk auf die Verhinderung der Kürzungen an der MLU und eine permanente Abschaffung der Maximalanzahl für Prüfungsversuche. Die GHG konzentriert sich auf Nachhaltigkeit, Chancengleichheit und Gleichberechtigung und plant sowohl einen Ausbau der Fahrradmobilität an der Uni wie auch eine Zusammenarbeit mit dem Projekt „Zukunftsmensa“. EULi setzt sich für eine Förderung des studentischen Engagements ein, während die Juso-HSG weiter an der Verbesserung des Studienklimas arbeiten will.

Wir sind auf jeden Fall gespannt, was die Hochschulgruppen in der kommenden Legislaturperiode alles umsetzen können. Der neue Stura wird voraussichtlich Anfang des Wintersemesters konstituiert werden.

Text: Lisa Marie Emig

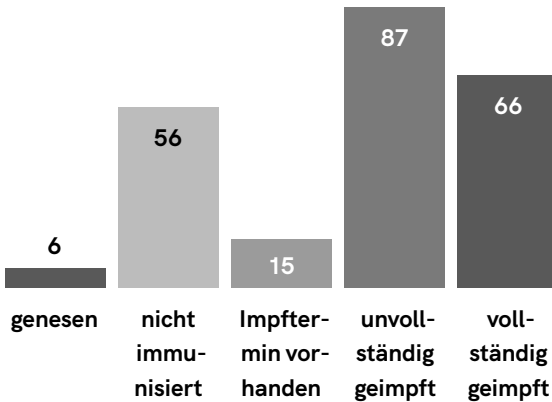
Illustration: Tanja Möller

Diagramme: Konrad Dieterich

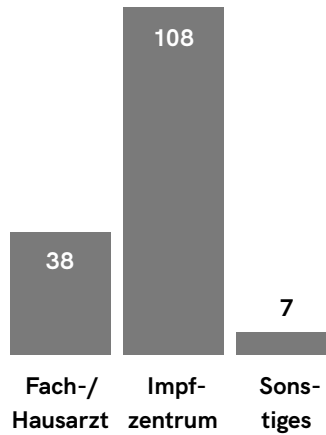


Wahlbeteiligung in den vergangenen Jahren. Jeweils links die Beteiligung an den Stura-Wahlen (bis 2015: Stimmzettel aller Fachschaften, ab 2016: Stimmzettel für die offenen Plätze) und rechts die Beteiligung der Studierenden an den Wahlen zum Senat der MLU.

Immunisierungsstatus



Ort der Impfung



Studierende beim Impfen vergessen?

Über ein Jahr Pandemie – drei Semester, in denen die Universität zum größten Teil geschlossen blieb. Die Studierenden werden in den Medien und der Politik kaum erwähnt oder beachtet.

Aussagen wie die von Winfried Kretschmann im März 2021 sorgen für Unmut: „Vergleichen Sie Ihre Situation mit der anderer Menschen. Dann werden Sie sehen, dass es keinen Grund dafür gibt, depressiv zu werden.“

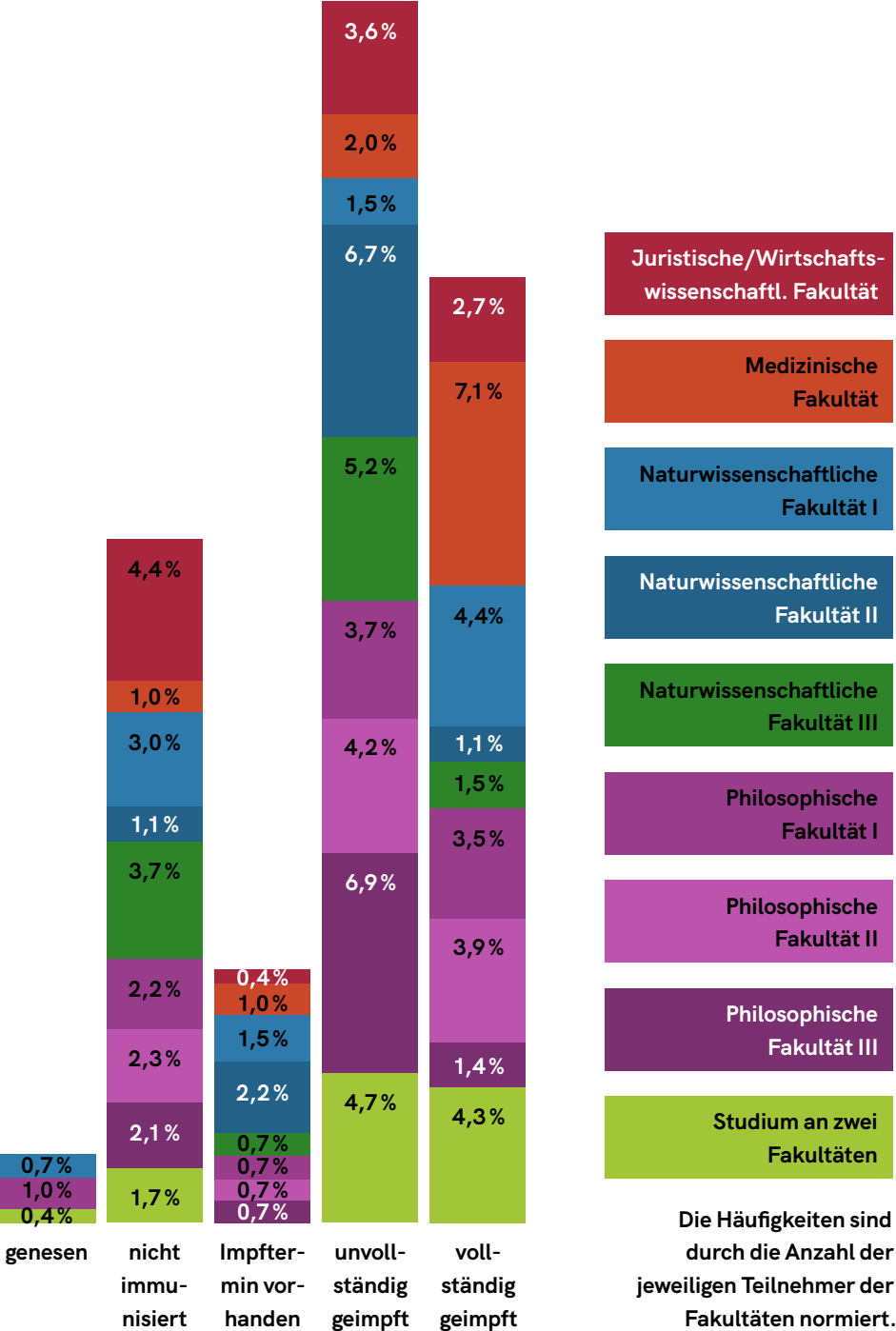
Somit ist es nur allzu verständlich, dass der Frust von Lockdown zu Lockdown weiter ansteigt.

Als Anfang April die deutsche Impfkampagne immer mehr Aufschwung nahm, stellte sich die Frage, wie eigentlich die Studierenden der MLU zu dem Thema Impfung stehen. Wie viele wurden schon geimpft, und was sind die Bedenken bei den Impfungen?

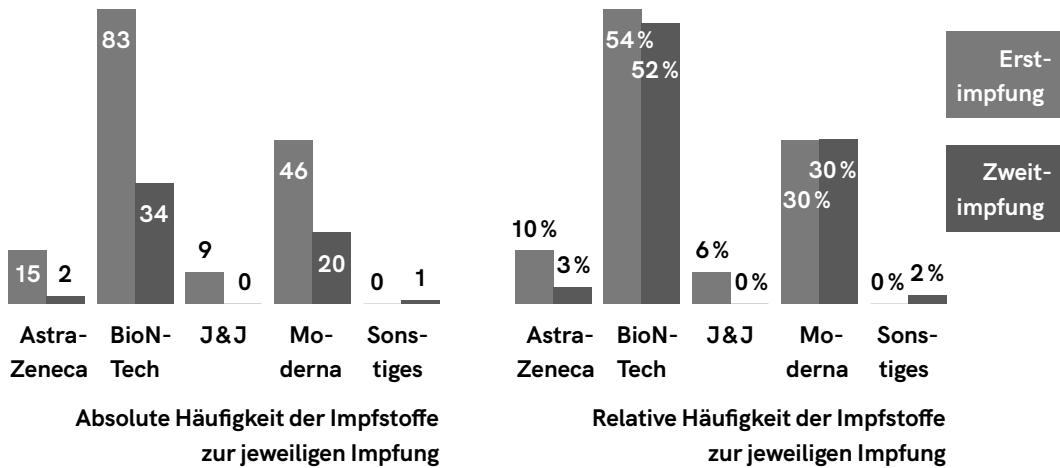
Umfrageergebnisse

Um ein Stimmungsbild zu bekommen, erstellte die *hastuzeit* eine Umfrage, an der von den 20 000 Studierenden der MLU 230 Personen teilnahmen. Die Umfrage lief über zwei Wochen und endete am 26.6.2021. Unter den Befragten war es erstaunlich zu sehen, dass der größte Teil der Teilnehmer:innen bereits vollständig oder zum Teil geimpft wurde.

Immunisierungsstatus getrennt nach Fakultäten



Verabreichte Impfstoffe



Demnach sind circa zwei Drittel bereits vollständig oder teilweise geimpft, weitere 6 Prozent der Befragten gaben an, einen Impftermin zu haben.

Die meisten der Befragten erhielten ihre Impfung im Impfzentrum, aber da nun die Arztpraxen genug Impfstoff haben, wird der Impfvorgang wahrscheinlich nach und nach auf diese umschwenken.

Etwa drei Viertel der Befragten erhielten den Impfstoff von BioNTech oder Moderna, aber auch mit AstraZeneca und Johnson & Johnson wurden einige geimpft. Dabei ist der Anteil der AstraZeneca-Dosen in der Zweitimpfung sichtbar geringer. Betreffende haben insgesamt eine Kombinationsimpfung bekommen.

Diversere Antworten als erwartet

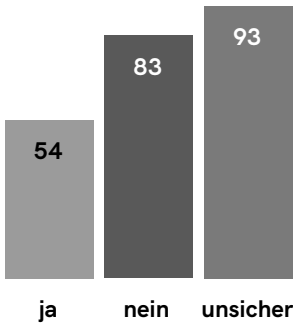
Sehr divers waren jedoch die Meinungen zum Thema Impfen und zur Sinnhaftigkeit der Beschränkungen und Lockerungen bei einem kleinen Anteil der Befragten.

Viele sind der Meinung, dass Privilegien für Geimpfte nicht fair seien, solange noch nicht alle ein Impfangebot bekommen haben. Dies ist zwar nachvollziehbar, dennoch sollte man auch hier über den Nutzen sprechen, da beispielsweise bei einer zusätzlichen Testung bereits geimpfter Personen kaum ein positives Ergebnis angezeigt würde. Bei bereits Geimpften ist die Viruslast so gering, dass es nahezu unwahrscheinlich ist, dass ein Schnelltest anschlagen würde.

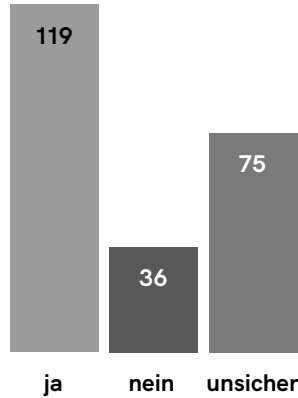
Einige kritische Meinungen aus den Fragen, ob die Lockerungen für Geimpfte angemessen seien und warum die Lockerungen allgemein als diskriminierend empfunden werden, sind unter anderem:

Die Lockerungen sind ...

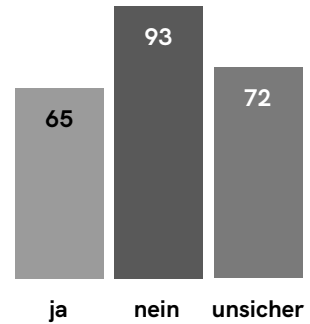
... verständlich und transparent



... angemessen



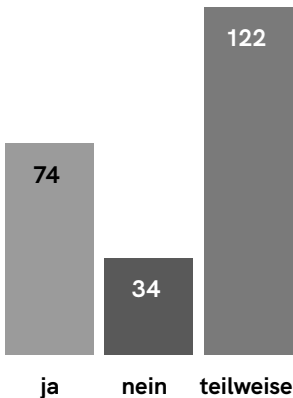
... diskriminierend



„Ich habe dadurch das Gefühl, dass ein Zwang entsteht, sich zu impfen, und Menschen, die sich nicht impfen lassen wollen, benachteiligt werden“, aber auch radikalere Meinungen lassen sich erkennen: „Grundrechte müssen sich nicht geimpft werden und niemand darf gezwungen werden, ständig seinen Gesundheitsstatus nachweisen zu müssen. Das ist Hygienefaschismus.“

„Ich sehe in den Lockerungen eine indirekte Nötigung. Wer sich nicht impfen lässt, muss sich weiterhin unnötigen medizinischen Tests unterziehen oder wird vom gesellschaftlichen Leben zumindest teilweise ausgeschlossen.“

Die Priorisierung in der Impfreiherfolge war gerecht



„Wie die Daten belegen, ist die Impfung gefährlicher als die Krankheit. Wenn die Impfung einen Nutzen hätte, müsste es keine Einschränkungen für Geimpfte geben. Außerdem hat der ganze Lockdown offensichtlich keinen Nutzen gehabt.“

„Es ist nichts über die Wirksamkeit der Impfung bekannt. Ebenso nichts über Langzeitwirkungen oder -schäden.“

Zum digitalen Impfpass gibt es auch verschiedene Meinungen. Obwohl die Mehrzahl ihn befürwortet, gibt es auch hier kritische Stimmen, welche meinen: „Der digitale Impfpass ermöglicht staatliche Massenüberwachung der Bevölkerung“ oder auch „Wem nützt dieser Pass? Dem Bürger jedenfalls nicht. Ein weiterer Schritt zum Totalitarismus!“

Jedoch handelt es sich bei den Antworten auch nur um eine kleine Minderheit; der größte Teil der Befragten spricht sich für die Impfkampagne und die Lockerungen aus.

Wurden wir vergessen?

Auch an die Vorschriften haben sich die Befragten nach eigenen Angaben immer gehalten, obwohl sie für viele eine psychische Belastung darstellten.

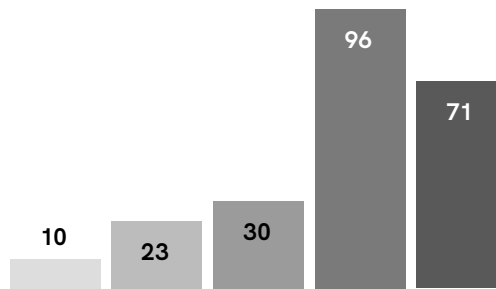
Hier fällt wieder auf, was auch während den letzten Monaten zu beobachten war. Die Studierenden halten sich an Hygienemaßnahmen, lassen sich impfen und sind am wenigsten anfällig für schwere Verläufe – und trotzdem hat sich in den letzten drei Semestern fast nichts getan. Die Maßnahmen wurden immer wieder mit Lockerungen für Wirtschaft, Arbeitsplätze und Schulen neu bewertet und verändert, nur die Studierenden, so scheint es, wurden vergessen. Da fühlt es sich schon wie ein Erfolg an, wenn man mit Termin und Maske für ein paar Stunden in ausgewählte Zweigbibliotheken darf.

Auch was die Lockerungen und ihre Transparenz betrifft, gab ein Großteil der Befragten an, sich unsicher zu sein. Dies ist wahrscheinlich auf die ständig wechselnden und regional unterschiedlichen Verordnungen zurückzuführen, bei denen viele – selbst wenn sie versuchten, immer informiert zu bleiben – irgendwann kaum mehr durchsahen.

Abschließend kann also gesagt werden: die Studierenden wurden zwar nicht unbedingt beim Impfen vernachlässigt, da es mittlerweile genug Impfstoff gibt. Bei den Lockerungen wurde bis jetzt allerdings kaum auf die Bedürfnisse und Probleme der Studierenden geachtet. Während in einigen Bundesländern bereits Großveranstaltungen wieder erlaubt sind und in Sachsen die Abschaffung der Maskenpflicht in Supermärkten ansteht, bleiben beispielsweise die Bibliotheken weiterhin nur für eine sehr begrenzte Anzahl an Studierenden offen.

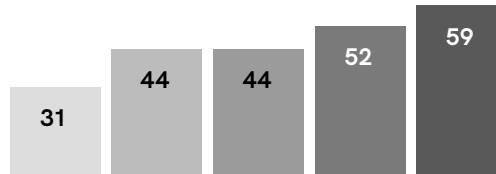
Studierende wurden also nicht bei den Impfungen, sondern bei den Lockerungen vergessen.

Ich halte mich an alle Vorschriften



1 (Stimme gar nicht zu) bis 5 (Stimme voll zu)

Die Einschränkungen stellen eine psychische Belastung für mich dar



1 (Stimme gar nicht zu) bis 5 (Stimme voll zu)

Aussagen beziehen sich auf das Sommersemester 2021

Text: Julia Golde

Diagramme: Stefan Kranz

The fear of others

Palpitations, dry mouth, tense posture: the students Theresa and Judith are too familiar with the feeling of social anxiety. What some might only know through memes from the internet is a restricting reality for others.

Theresa is a 20-year-old student. She has difficulties talking on the phone, opening the door for the postman, ordering food, visiting the doctor, introducing herself in large groups or talking to strangers. Even sending official emails to teaching staff or messages to people she is not close to, she feels a certain nervousness.

Our fear of being excluded from groups is an evolutionary trait, since humans have always depended on relationships with each other. The fear of rejection which goes hand in hand with our need for attachment has developed into a fear of evaluation in many people due to the development of an achievement-oriented society. It is less about the fear of social situations per se, but more about the limiting fear of embarrassing oneself in front of others and being rejected by them.

Social anxiety should be understood as a spectrum and ranges from mild limitations to extremely disabling fears. Shyness, introversion or social deficits are often mistaken for social anxiety, as the transitions are difficult to determine. Likewise, it cannot be ruled out that extraverted people suffer from social anxiety, too.

Die Angst vor anderen

Herzrasen, trockener Mund, verspannte Körperhaltung: Die Studentinnen Theresa und Judith kennen das Gefühl sozialer Angst viel zu gut. Was die einen nur durch „Social Anxiety“-Memes aus dem Netz kennen, ist für andere einschränkende Realität.

Theresa ist 20 Jahre alt und studiert. Sie erzählt, dass es ihr schwer fällt, Telefonate zu führen, dem Postboten die Tür zu öffnen, Essen zu bestellen, zum Arzt zu gehen, sich in großen Runden vorzustellen oder unbekannte Personen anzusprechen. Sogar beim



Versenden von offiziellen Emails an Lehrpersonal oder Nachrichten an Personen, denen sie nicht nahesteht, verspürt sie eine gewisse Nervosität.

Unsere Angst, aus Gruppen ausgeschlossen zu werden, ist evolutionär bedingt, da Menschen schon immer auf Beziehungen untereinander angewiesen sind. Die mit unserem Bindungsbedürfnis einhergehende Angst vor Ablehnung hat sich durch die Entwicklung zur Leistungsgesellschaft bei vielen Menschen zu einer Bewertungsangst entwickelt. Dabei geht es weniger um die Angst vor sozialen Situationen an sich, sondern eher um die einschränkende Befürchtung, sich in diesen vor anderen zu blamieren und Zurückweisung zu erfahren.

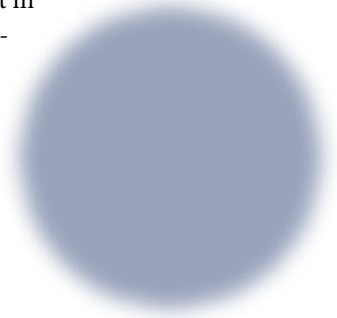
Soziale Angst ist als Spektrum zu verstehen und reicht von leichten bis hin zu extrem behindernden Einschränkungen. Schüchternheit, Introversion oder soziale Defizite werden oft mit sozialer Angst verwechselt, da die Übergänge schwer zu bestimmen sind. Genauso darf nicht ausgeschlossen werden, dass extravertierte Menschen an sozialen Ängsten leiden.

Die 21-jährige Studentin Judith sagt über sich selbst: „Wenn man mich gut kennt, bin ich extravertiert, aber wenn man mich nicht kennt, wirke ich sehr introvertiert.“ Sie würde gern viel häufiger mitreden, anstatt sich die ganze Zeit verstecken zu müssen. Bei Vorstellungsgesprächen in Gruppen wirke sie immer schüchtern und ganz anders, als sie ohne die Angst eigentlich sei.

Was ist soziale Angst?

Psycholog:innen unterscheiden in generalisierte und spezifische soziale Ängste. Generalisierte soziale Ängste beziehen sich auf viele soziale Situationen und werden allgemein als „soziale Angststörung“ bezeichnet. Spezifische soziale Ängste, zum Beispiel die Scheu, vor anderen zu reden, können auch mit dem Begriff „soziale Phobie“ erfasst werden.

Der Psychotherapeut Hans Morschitzky schreibt in seinem Buch „Angststörungen“: „Bei einer spezifischen Sozialphobie kann man durchaus öfter ausweichen, ohne zu große Nachteile zu riskieren.“ Währenddessen sei bei generalisierten Formen die soziale Kontaktfähigkeit an sich beeinträchtigt. So hätten manche Betroffene in allen sozialen Situationen Angstsymptome und andere nur in bestimmten.



The 21-year-old student Judith says about herself: “When people know me well, I am extraverted, but when they don’t know me, I seem very introverted.” She would like to join in more often instead of having to hide all the time. At job interviews in groups, she always seems really shy and completely different from what she actually is without the fear.

What is social anxiety?

Psychologists distinguish between generalized and specific social anxieties. Generalized social anxiety relates to many social situations and is usually referred to as ‘social anxiety disorder’. Specific social fears, for example, the dread to talk in front of others, can also be captured by the term “social phobia”.

The psychotherapist Hans Morschitzky writes in his book “Angststörungen”: “If you have a specific social phobia, you can indeed get away with avoiding behavior more often without risking too much disadvantage.” Meanwhile, in generalized forms, the very ability to socialise is impaired. Some people show symptoms in all social situations and others only in certain ones.

“The disorder occurs more often in younger people. Social phobia is the third most prevalent mental disorder after depression and alcohol problems and the most common anxiety disorder,” writes Morschitzky.

“I would compare it to a stressful situation where I feel restless and extremely agitated inside,” says Theresa. In extreme cases, for example when she could not prepare for the social interaction, as in some seminars, where students are called on at random, her heart races. “My mouth gets dry, I sweat and I feel like my head is getting hot,” describes Theresa. Sometimes she also starts to tense up and speak with a trembling voice.

Judith can tell a similar story of feeling extremely uncomfortable being the centre of attention in groups in which she doesn't know all of the people. “That's why I almost always stay out of discussions and conversations in online classes—although I often have something to contribute,” says Judith. Her anxiety occurs especially during presentations in front of fellow students or when she can't adjust to being the centre of attention. “Even when I meet my family or friends after a long time, I sometimes feel nervous,” she says.

Performance and interaction situations in which one's behaviour can be observed and evaluated can be extremely challenging for socially anxious people.

„Die Störung kommt bei jüngeren Menschen häufiger vor. Die Sozialphobie ist nach Depression und Alkoholproblemen die dritthäufigste psychische Störung und die häufigste Angststörung“, schreibt Morschitzky.

„Ich würde es mit einer Stresssituation vergleichen, in der ich mich innerlich ruhelos und extrem aufgeregt fühle“, beschreibt Theresa. In Extremfällen, zum Beispiel wenn sie sich nicht auf die soziale Interaktion vorbereiten konnte, wie in manchen Seminaren, bei denen man einfach aufgerufen wird, rase ihr Herz. „Mein Mund wird trocken, ich schwitze, und ich habe das Gefühl, dass mein Kopf heiß wird“, beschreibt Theresa. Teilweise fange sie auch an zu verkrampfen und mit zitternder Stimme zu sprechen.

Auch Judith erzählt, dass sie sich äußerst unwohl fühlt, wenn sie in Gruppen, in denen sie nicht alle Leute kennt im Zentrum der Aufmerksamkeit steht. „In der Online-Uni halte ich mich deswegen fast immer aus Diskussionen und Gesprächen heraus. Obwohl ich schon oft etwas beizusteuern hätte“, sagt Judith. Besonders bei Präsentationen vor Kommiliton:innen oder wenn sie sich nicht darauf einstellen kann, im Mittelpunkt zu stehen, tritt ihre Angst auf. „Auch wenn ich meine Familie oder Freunde nach längerer Zeit treffe, bin ich manchmal nervös“, berichtet sie.

Leistungs- und Interaktionssituationen, in denen das eigene Verhalten beobachtet und bewertet werden kann, können für sozial ängstliche Menschen eine extreme Herausforderung sein.

Effects of online classes

The pandemic alone has created new reasons to avoid social situations. The thought of getting a coughing fit in a packed train, for example, can be reason enough to limit oneself. The online university, through which students are now studying in their third semester this summer, offers opportunities for retreat.

“I have the feeling that my discomfort in social situations has increased since the start of the online university,” says Theresa. Now that she is no longer forced to meet strangers on campus and in lectures on a daily basis, situations which might not have evoked nervousness before are triggering a certain uneasiness in her. Since sending emails and chat messages had already scared her a little even before the pandemic, she no longer gets involved in class. She prefers to work through the lecture material on her own, without keeping in touch with anyone. “I even thought about no longer going to my only seminar, because people are regularly called up there at random,” says Theresa.

However, digital learning formats also offer opportunities for people affected by social anxiety. It can be easier to get involved in a class through the chat function or the microphone. This way, people participate in seminars and lectures who would utter few to no words in the lecture hall or seminar room.

Einflüsse der Online-Uni

Schon allein die Pandemie bringt neue Anlässe hervor, soziale Situationen zu vermeiden. So kann der Gedanke daran, einen Hustenreiz in einer gefüllten Bahn zu bekommen, Grund genug sein, sich selbst einzuschränken. Die Online-Uni, über die Studierende diesen Sommer nun schon im dritten Semester ihr Studium bestreiten, bietet Gelegenheiten zum Rückzug.

„Ich habe das Gefühl, dass mein Unbehagen in sozialen Situationen seit Beginn der Online-Uni zugenommen hat“, erzählt Theresa. Jetzt, da sie nicht mehr gezwungenermaßen tagtäglich fremde Menschen auf dem Campus und in den Vorlesungen begegnet, lösen Situationen, die vorher vielleicht keine Nervosität heraufbeschworen hätten, ein gewisses Unwohlsein in ihr aus. Da ihr das Schicken von Emails und Chatnachrichten auch schon vor Corona ein bisschen Angst gemacht habe, integriere sie sich überhaupt nicht mehr im Unterricht. Lieber arbeite sie das Vorlesungsmaterial eigenständig durch, ohne Kontakt zu irgendwem zu pflegen. „Ich habe sogar mit dem Gedanken gespielt, nicht mehr zu meinem einzigen Seminar zu gehen, weil dort regelmäßig wahllos Leute aufgerufen werden“, sagt Theresa.

Allerdings bieten digitale Lernformate auch Chancen für Betroffene von sozialer Angst. Es kann einfacher sein, sich durch die Chatfunktion oder das Mikrofon in eine Veranstaltung

einzubringen. So partizipieren Menschen in Seminaren und Vorlesungen, die im Vorlesungssaal oder Seminarraum gar keine oder nur wenige Worte herausbrachten.

„Vermeidung führt zur Aufrechterhaltung der Ängste.“

Theresa berichtet über sich selbst: „Ich gehe den Situationen, die mir Unbehagen bereiten könnten, einfach aus dem Weg. Ich habe mich damit abgefunden, dass ich dadurch an manchen Sachen nicht teilnehmen werde.“ Wirklich ausgeschlossen fühle sie sich nicht. Allerdings habe sie schon das Gefühl, dass sie sich durch die Angst einschränkt. Theresa sagt, dass sie Leute beneide, die ohne nachzudenken einfach einen Anruf tätigen oder im Supermarkt um Hilfe bitten können. „Ich denke, dass manchmal alles leichter wäre, wenn ich mir nicht immer so viele Gedanken machen würde.“

Mareike Thomas, Mitarbeiterin der Abteilung Klinische Psychologie an der MLU und Psychotherapeutin in der Ausbildung, empfiehlt, anstatt sich sozialen Situationen zu entziehen – was natürlich leichter und angenehmer ist – das freie Sprechen bei Telefonaten, Seminaren oder anderen gefürchteten Szenarios zu üben.

„Die Vermeidung von Situationen führt zur Aufrechterhaltung der Ängste“, berichtet Thomas aus ihrer Praxis als Therapeutin. Aktuell könne man sich zum Beispiel mit ein paar Kommiliton:innen über Zoom treffen, das Präsentieren üben und dann fragen, wie die anderen denn einen eigentlich wahrgenommen haben. Häufig liege nämlich ein verzerrtes

“Avoiding situations leads to the perpetuation of fears.”

Theresa says about herself: “I just avoid the situations that might make me uncomfortable. I have come to terms with the fact that I won’t be able to participate in some situations because of this.” She doesn’t really feel excluded, though.

However, she does feel like she is limiting herself because of the fear. Theresa says she envies people who can just make a phone call or ask for help at the supermarket without thinking. “I think sometimes everything would be easier if I didn’t worry so much all the time.”

Mareike Thomas, a member of the Clinical Psychology Department at MLU and a psychotherapist in training, recommends instead of avoiding social situations—which is of course easier and more pleasant—to practice speaking freely during phone calls, seminars or other dreaded scenarios.

“Avoiding situations leads to the perpetuation of fears,” Thomas reports from her practice as a therapist. Currently, for example, you can meet with a few fellow students on Zoom, practise presenting and then ask how the others have actually perceived you. Often there is a distorted self-image, in the sense that you look terrible or are going to



turn red. “I have had the experience of people catastrophising how they look to others and in all cases it was not as bad as they feared.”

Thomas explains social phobics tend to focus too much on themselves. “I know from experience many people are afraid of getting a shaky voice or having their hands shake because they are so excited.” Furthermore, socially anxious people often misinterpret neutral or ambiguous stimuli, such as an averted gaze, and attribute supposedly negative reactions to their own performance. Asking others what they think of the situation can be very helpful, because you often come across differently to others than you think. Thomas also recommends being aware of one’s own safety behaviour, such as gripping a glass because you are afraid your hands might shake.

Confrontation is therefore the method of choice. If the fear persists over a long period of time, does not diminish despite efforts and significantly restricts everyday life, it is advisable to seek professional help. Thomas advises seeking therapy if one experiences a high level of suffering and impairment in daily life.

Translation: Hermine Vulturius

Selbstbild vor, im Sinne davon, dass man schrecklich aussehe oder knallrot werde. „Ich habe die Erfahrung gemacht, dass katastrophisiert wird, wie man selbst auf andere wirkt, und in allen Fällen war es nicht so schlimm, wie es befürchtet wurde.“

Thomas erklärt, dass Sozialphobiker:innen dazu neigen, ihren Fokus zu sehr auf sich selbst zu legen. „Ich kenne es aus Erfahrung, dass viele Angst haben, eine bebende Stimme zu bekommen oder mit den Händen zu zittern, weil sie so aufgeregt sind.“ Weiterhin deuten sozial ängstliche Menschen bei der Beobachtung ihres Umfeldes neutrale oder mehrdeutige Reize, wie zum Beispiel einen abwendenden Blick, oft falsch und beziehen vermeintlich negative Reaktionen auf die eigene Leistung. Gezieltes Nachfragen, wie andere die Situation eingeschätzt haben, kann also sehr helfen, denn häufig wirkt man auf andere ganz anders, als man denkt. Thomas empfiehlt auch, sich über das eigene Sicherheitsverhalten, wie zum Beispiel ein Glas zu greifen, weil man Angst hat, dass die Hände zittern könnten, klar zu werden.

Konfrontation ist also das Mittel der Wahl. Wenn die Angst über einen langen Zeitraum hinweg stark anhält, trotz Bemühungen nicht weniger wird und den Alltag erheblich einschränkt, empfiehlt es sich professionelle Hilfe zu suchen. Thomas rät zum Aufsuchen einer Therapie, wenn man einen hohen Leidensdruck und Beeinträchtigung im täglichen Leben erfährt.

Text: Clara Pohlandt

Illustrationen: Marlene Nötzold

Unsere Universität bietet diverse Angebote:

- Psychosozialer Beratungsdienst des Studentenwerks
<https://www.studentenwerk-halle.de/beratung-soziales/psychosoziale-beratung/>
- Hochschulambulanz für Psychotherapie
<https://www.psych.uni-halle.de/abteilungen/hochschulambulanz/>
- IPP Ausbildungsinstitut für Verhaltenstherapie Halle
<https://www.ipp-halle.de/patienteninformation/>

Our university offers various services:

- Psychosocial counselling service of the student services organisation
<https://www.studentenwerk-halle.de/en/counseling-services/psychosoziale-beratung/psychological-counseling-services>
- University outpatient clinic for psychotherapy
<https://www.psych.uni-halle.de/abteilungen/hochschulambulanz/?lang=en>
- IPP Training Institute for Behaviour Therapy Halle
<https://www.ipp-halle.de/patienteninformation/>

„Bei meinem Namen“

Call me by my name. Nenn mich bei meinem Namen. Trans* und nicht binäre Studierende mit ihrem Namen anzusprechen ist für viele Universitäten eine Herausforderung. Um dem Thema mehr Aufmerksamkeit zu geben und Veränderungen zu bewirken, wurde die Initiative „Call me by my name“ in Halle gegründet, die aus Studierenden der Martin-Luther-Universität und der Kunsthochschule Burg Giebichenstein besteht.

Das queere Netzwerk Proudtr hat zu Beginn des Pride Month Juni einen Campus-Report herausgegeben, in dem eingestuft wurde, wie queer (-freundlich) die deutschen Hochschulen sind. Die MLU gehört hier in fünf verschiedenen Kategorien zu den Spitzenuniversitäten. Sie führt vor allem in den Rubriken Expertise, Förderung und Beratung von Queers, Strukturen und LGBTQ+ Diversity Management sowie Initiativen und Engagement von und für Studierende.

Dem gegenüber steht die folgende Situation: Um bei Onlineseminaren mitmachen zu können, gelangen die Teilnehmenden in der Regel über Stud.IP in den entsprechenden Raum bei BigBlueButton. In Stud.IP und auch in diesem Raum wird dann der Deadname (Geburtsname) von trans* und nicht binären Studierenden sichtbar. Es ist der Uni aus juristischen und technischen Gründen nicht möglich, den selbstgewählten Namen zu verwenden. Dadurch werden die Studierenden zu jedem Semesterbeginn wieder zwangsgeoutet. Ihnen wird noch mehr Kontrolle über die Eigenrepräsentation genommen, als sie ohnehin schon nicht haben.

Außerdem gibt es am Campus nur sehr wenige nicht gegenderte Toiletten, viele davon sind für Menschen mit Behinderung. Hier werden zwei Personengruppen in einen Topf geworfen, deren Bedürfnisse sich gar nicht unbedingt überschneiden.

Diese Probleme teilt sich die MLU mit vielen anderen Universitäten.

Call me by my name

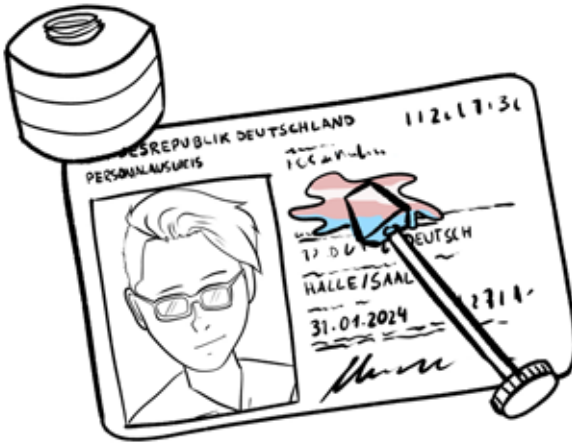
Der Initiative geht es vor allem darum, die Studienbedingungen von trans* und nicht binären Personen an der MLU und der Burg zu verbessern. Auslöser war die Situation mit Stud.IP. Viele betroffene Studierende lassen sich inzwischen von Freund:innen und



Bekannten den externen Link aus der geöffneten Sitzung schicken, um sich mit ihrem korrekten Namen eintragen zu können. So geht es einigermaßen, aber eine Dauerlösung ist es nicht.

Glen Siegemund ist einer der Initiatoren von „Call me by my name“. Er ist außerdem vorsitzender Sprecher des Studierendenrates. Bei der Wahl im Frühling musste er mit seinem Deadname antreten, weil die Unisysteme nicht zugelassen haben, dass er als Glen Siegemund auf dem Wahlzettel steht. Der Deadname ist fast immer mit Stress und Angst verbunden, in vielen Fällen auch mit Trauma. „Wenn es nach den Leuten meiner Liste gegangen wäre, hätte ich gerne meinen Namen eintragen können. Aber das gibt die Satzung nicht her“, erklärt er. Bei den Sturasitzungen ist es inzwischen auch kein Problem, mit seinem Namen aufzutreten.

Aber trotzdem ist Zwangsouting Teil seines Alltags: Bei Videokonferenzen, in Stud.IP und im Löwenportal. Alles Organisatorische findet eben noch mit dem falschen Namen statt. Hinzu kommen trans*feindliche Kommentare, Unverständnis, Misgeldern, und immer wieder muss er sich erklären. Das mache er zwar in einem bestimmten Rahmen gerne, aber eben nicht durchgehend. Mit einem vorwurfsvollen Lachen kommentiert er: „Wir haben auch noch ein anderes Leben und sind nicht 24/7 für gratis Bildungsarbeit verfügbar.“



Namensänderung auf dem Studierendenausweis

Eine Namensänderung an der Uni ist aufwendig und zeitintensiv. „Wenn man in seinem ersten Semester nach Halle kommt und dann anfängt langsam festzustellen, dass mein Name nicht repräsentiert, wer ich bin, dauert es meistens bis zum Abschluss der Regelstudienzeit, bis man seinen Namen im Unikontext sieht ... wenn man Glück hat“, erzählt Glen Siegemund.

Die Universität Halle knüpft eine Namensanpassung an drei verschiedene Bedingungen: Zuerst einmal muss ein Ergänzungsausweis vorliegen, der von der Deutschen Gesellschaft für Transidentität und Intersexualität ausgestellt wird. Dieser Ausweis funktioniert zusammen mit dem Personalausweis und kostet 20 Euro. Dann muss der Antrag zur Namens- und Personenstandsänderung bereits gestellt sein. Dieser Antrag ist einerseits kostenintensiv, er kostet zwischen 1500 und 3500 Euro, und ist zusätzlich dazu noch zeitintensiv, weil er voraussetzt, dass sich die Betroffenen bereits seit längerer Zeit in Therapie befinden. Außerdem benötigt die Universität ein Dokument mit dem unterschriebenen Versprechen, sich nicht noch einmal umzuentcheiden für einen anderen Namen. Das alles müssen sich die Studierenden überhaupt leisten können.

In ihren Grundrechten verletzt

Dabei muss es, laut einem Gutachten der Humboldt Universität von 2017, gar nicht so kompliziert sein. Auch hier wird der Kosten- und Zeitaufwand von trans* Studierenden hervorgehoben: „Die Ergebnisse der hier durchgeführten sowie anderer Erhebungen zeichnen ein Bild der Begutachtungsverfahren, das in vielen Fällen von unverhältnismäßigem Zeit- und Kostenaufwand sowie von entwürdigenden und diskriminierenden Erfahrungen geprägt ist und somit die antragstellenden Personen in ihren Grundrechten verletzt.“ Außerdem wird beschrieben, dass einige Hochschulen eine Urkundenausstellung mit dem selbst gewählten Namen nicht möchten, mit der Begründung der Gefahr von Urkundenfälschung. Der Bericht argumentiert dagegen: „Aus strafrechtlicher Sicht ist das Ausstellen von Bescheinigungen mit dem selbstgewählten Namen unproblematisch, auch ohne gerichtliche Namensänderung. Es handelt sich weder um Urkundenfälschung noch um Falschbeurkundung im Amt oder Betrug.“

Es geht bei Zeugnisausstellungen, aber auch dem Namen auf dem Studierendenausweis, vor allem um die Möglichkeit einer Identifizierung. Diese kann über den Namen und das Geschlecht erfolgen, ist aber auch über andere Zeugnisse und Bescheinigungen wie auch

den Ergänzungsausweis möglich. Deswegen sollte eine Änderung des Namens ohne gerichtlichen Antrag keine so große Hürde darstellen.

Ein hilfreicher Ally sein

Was wünscht sich die Initiative von der Studierendenschaft? Wie können auch cis Studierende ein hilfreicher Ally sein, also Verbündete im Kampf um bessere Bedingungen für trans* und nicht binäre Personen?

Es geht in erster Linie um Respekt und Anerkennung. So wäre es einfacher, wenn sich alle bei der Vorstellung nach dem Pronomen fragen, dann ist es gar nichts Besonderes mehr. Vor allem wenn man sich unsicher ist, ist es sinnvoller nachzufragen, als das falsche Pronomen zu verwenden. Genauso könnten sich cis Personen gegenseitig darauf hinweisen, queere Personen in ihrem Umfeld richtig zu gendern und anzusprechen. Es ist nicht die Aufgabe der Betroffenen, dafür zu sorgen, dass sie nicht ausgeschlossen, sondern respektvoll behandelt werden.

„Call me by my name“ hat es geschafft, in den letzten Monaten 500 Unterschriften für ihre Petition zu sammeln, die zum Ziel hatte, eine öffentliche Aufmerksamkeit auf die Probleme von Studierenden mit trans* und nicht binären Erfahrungen zu lenken. Außerdem war sie im März beim trans* day of visibility vertreten und hat im Mai eine spontane Demo gegen das Transsexuellengesetz organisiert.

Im Moment ist die Initiative in Gesprächen mit der Universitätsleitung – zusammen wird versucht eine Lösung zu finden. „Richtig cool ist, dass wir überhaupt gehört werden von der Uni“, sagt Glen Siegmund. Jetzt muss sich nur noch etwas ändern.

Text: Hermine Vulturius
Illustrationen: Laura Dürrschmidt





Nachhaltige Zukunft?

Rektor Christian Tietje hatte sich bei seiner Wahl das Thema Nachhaltigkeit auf die Fahnen geschrieben. Bis heute fehlt der Universität eine Strategie. Doch immerhin hat sich in den letzten Monaten unter anderem durch die Gründung des Nachhaltigkeitsbüros viel getan. Eine Analyse.

Nachhaltige Studierendeninitiativen gibt es zuhauf und seit vier Jahren Public Climate Schools an deutschen Universitäten. Andere Hochschulen haben schon längst eine Nachhaltigkeitsstrategie entwickelt, und auch die Hochschulrektorenkonferenz betonte in einer Empfehlung von 2018 die Bedeutung des Themas Nachhaltigkeit. Die Freie Universität Berlin hat im Dezember 2019 den Klimanotstand ausgerufen. Doch wo steht die Martin-Luther-Universität?

Nachdem – insbesondere von Rektoratsseite – lange Zeit Stille zu diesem Thema herrschte, scheint in den letzten Monaten ein neuer Wind zu wehen. Dem 2018 gewählten Rektor Christian Tietje war das Thema schon im Wahlkampf sehr wichtig. Gleich zu Beginn seiner Amtszeit berief er Professor Michael Stipp zum Rektoratsbeauftragten für Nachhaltigkeit. Mit der Gründung des Nachhaltigkeitsbüros soll die Arbeit an einer nachhaltigen Universität nun Fahrt aufnehmen.

Wohin will das Nachhaltigkeitsbüro?

Das Nachhaltigkeitsbüro wurde sowohl von Initiativen der Studierendenschaft gefordert als auch von Rektor Tietje bereits vor seiner Amtszeit auf die Agenda gesetzt.

Dem jetzigen Rektorat liegt das Thema Nachhaltigkeit am Herzen. So jedenfalls sieht es Frederik Bub, Koordinator des Nachhaltigkeitsbüros. Er sagt: „Ich glaube, hier sind die Türen mittlerweile wesentlich weiter offen. Es ist dem Rektorat aus meiner Sicht sehr bewusst, dass das ein wichtiges Thema ist, an dem man arbeiten muss, sonst würden sie dafür jetzt auch keine neue Stelle schaffen.“

Das Büro besteht seit November 2020 und ist ein auf drei Jahre befristetes Projekt. Es verfolgt das übergeordnete Ziel, eine Nachhaltigkeitsstrategie für die Universität zu erarbeiten. Diese soll Form eines Handlungsrahmens haben, der aufzeigt, wie sich die Universität in verschiedenen Handlungsfeldern entwickeln kann, und soll partizipativ über verschiedene Instrumente erarbeitet werden. Außerdem will es kleinere begleitende Projekte realisieren, über Nachhaltigkeitsaktivitäten an der Uni berichten und somit mehr Transparenz schaffen.

Die unterschiedlichen Bereiche der Uni sollen so ihre Ideen und Vorstellungen einbringen können, um die Strategie gemeinsam zu entwickeln und zu tragen. Eines dieser Instrumente ist ein Beirat für Nachhaltigkeit, der aus Mitgliedern aller Fakultäten und der Verwaltung einberufen werden soll. Da der Rat nur ernannt und nicht gewählt wird, hat er jedoch keine Beschlusskraft und daher eher die Aufgabe, die Impulse aus den verschiedenen Bereichen zu sammeln und das Nachhaltigkeitsbüro im Prozess zu beraten. Konkrete Maßnahmen müssen vom Rektorat oder dem Senat beschlossen und umgesetzt werden.

Werkstattgespräche – gelebte Partizipation?

Das zweite Instrument sind offene Werkstattgespräche, die immer am letzten Freitag des Monats um 12.15 Uhr unter der Leitung Frederik Bubs stattfinden. Diese sollen als Austauschforen dienen, um die Stimmen und Anregungen der Mitarbeitenden und der Studierendenschaft zu sammeln, anzunehmen und über die aktuellen Projekte des Nachhaltigkeitsbüros zu informieren.

Zu diesen aktuellen Projekten gehören unter anderem die Analyse einer Forschungsdatenbank nach Veröffentlichungen zum Thema Nachhaltigkeit, ein Workshop für Dozierende, wie sie nachhaltige Thematiken in ihre Lehre einbinden können, und die im Juni gelaufene Academic Bicycle Challenge. Außerdem eine Diskussionsveranstaltung zum Thema Klimawandel und Gesundheit zusammen mit der Leopoldina, die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft von nachhaltigen Hochschulen in Sachsen-Anhalt sowie die Vernetzung von Nachhaltigkeitsbüros verschiedener Universitäten, um ähnliche Probleme zu analysieren und sich über Erfahrungen auszutauschen.



**Frederik Bub, Projektkoordinator im
Nachhaltigkeitsbüro der Uni Halle**

Der Auftakt der Reihe der Werkstattgespräche am 25.6.2021 wurde bei den 21 Teilnehmenden, ausgeglichen zwischen Studierenden und Mitarbeitenden, sehr positiv aufgenommen. Zunächst hat Bub über die Ziele des Nachhaltigkeitsbüros informiert und Anregungen und Vorschläge der Teilnehmenden angenommen. Hier wurde besonders die Bereitschaft sich einzubringen und Freude der Mitarbeitenden über die Einrichtung des Nachhaltigkeitsbüros deutlich, was viele für längst überfällig hielten. Doch es wurden auch Stimmen laut, die darauf hinwiesen, dass es wichtig sei, sich nicht in den begleitenden Projekten als Aushängeschild zu verlieren, sondern die Erarbeitung einer verbindlichen Nachhaltigkeitsstrategie in den Fokus zu stellen, da kleine Projekte allein nicht zu einer nachhaltigen Universität führen würden.

Students for Future zwischen Lob und Kritik

Kilian von Students for Future Halle war bei dem ersten Werkstattgespräch dabei. Das Ziel dieser Studierendeninitiative ist es, eine Kultur der Nachhaltigkeit in den Strukturen der Universität zu verankern. Das erste Werkstattgespräch und den Aufbau des Nachhaltigkeitsbüros bewertet er insgesamt positiv, vor allem die Governance-Struktur in Form des Beirats und den Werkstattgesprächen und die einzelnen Projekte, die bisher vorgestellt wurden.

Was den langfristigen Erfolg des Nachhaltigkeitsbüros angeht, ist Kilian sich jedoch noch nicht sicher: „Bei dem Nachhaltigkeitsbüro ist das noch ein bisschen schwierig zu bewerten, weil es gerade erst einberufen wurde und wir noch nicht sicher sein können, was der Weg ist, der da eingeschlagen wird, und wie erfolgreich der sein wird.“ Der Mehrwert des Büros sei aber vor allem darin zu sehen, dass dessen Einrichtung einer der einzigen schnell umsetzbaren Schritte war. Zudem sei es dringend notwendig gewesen, eine Person mit nur diesem Thema zu beschäftigen, die die Zeit aufbringt und sich den universitätsinternen Strukturen widmet, die bei der Umsetzung derartiger Projekte beachtet werden müssen.

Die hochschulinternen Verwaltungsstrukturen erschweren die Bemühungen aller Beteiligten, konkrete Projekte schnell umzusetzen und sich miteinander auszutauschen. „So wie ich Senator:innen und Professor:innen wahrnehme, haben viele Interesse an Nachhaltigkeit

und würden das auch gerne in der Lehre einbinden“, sagt Sophie von Students for Future, „aber sie haben einfach keine Kapazität, die Universitätsstrukturen zu verändern, und dafür musste es einen eigenen Posten geben.“ Sie sehe Vor- und Nachteile in den für große Veränderungen trägen Strukturen. So kann es positiv sein, da die Langsamkeit auf der Partizipation verschiedener Mitgliedergruppen beruht und somit einvernehmlich umgesetzt und mitgetragen werden könnte. Allerdings kann das auch zu Konflikten und somit zu Ablehnung bestimmter Anträge führen.

Bei der Umsetzung von bestimmten Veränderungen sind die rechtlichen Rahmenbedingungen auch immer zu beachten, die die Universität in ihren Handlungsoptionen einschränken. Beispielsweise wurde häufig von Seiten der Studierenden gefordert, die Energieversorgung der Universität mit Ökostrom oder durch Solarpanels zu gewährleisten. Die Universität ist aber gar nicht selbst für ihre Energieversorgung zuständig, sondern das Bau- und Liegenschaftsamt des Landes. Die Universität und der Rektor haben also einen gewissen Spielraum, der aber nur begrenzt ist. Nachhaltigkeit und Umweltschutz sind natürlich auch immer abhängig von den verfügbaren Geldern. Ein offensichtlicher Missstand in den Augen von Students for Future ist, dass der Universität zu wenig Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Dies ist eine Folge der Unterfinanzierung der Universitäten in Sachsen-Anhalt.

„Viele ursächliche Probleme liegen in der Hand der Landesregierung, die scheinbar nicht versteht, wie essentiell Bildung und Forschung für die Gesellschaft sind“, gesteht Kilian ein. Zumindest sei erfreulich, dass sich die Universität entschieden hat, das Nachhaltigkeitsbüro nicht von den Kürzungen beeinträchtigen zu lassen. Trotzdem sei diese Unterfinanzierung durch das Land ein grundlegendes Problem bei der Umsetzung von nachhaltigen Projekten, auch ihrer eigenen.

Finanzen als Bremsklotz

Zudem wird dieser Aspekt noch an anderer Stelle deutlich. Die Universität will voraussichtlich in den Einführungswochen nächstes Semester einen Förderpreis für Bachelor- und Masterarbeiten mit einer nachhaltigen Thematik vergeben. Die ursprüngliche Idee dazu stammt von Students for Future. „Forschung in Bezug auf Klimaschutz ist eines der wichtigsten Instrumente, die vorhanden sind. Dann sollte die Uni auch zeigen, dass man über Forschung Verantwortung und Möglichkeiten hat, Gesellschaft mitzugestalten“, sagt Kilian. Allerdings macht die Universität Finanzierungsprobleme geltend. Nun soll der Stura für die Finanzierung einspringen. Ob der Förderpreis realisiert wird, ist somit noch unklar.

Außerdem haben Students for Future einen Antrag auf die Etablierung des Umweltmanagementsystems EMAS, kurz für Eco-Management and Audit Scheme, gefordert. Bei diesem handelt es sich um ein von der EU entwickeltes Umweltschutzkonzept. Dessen Umsetzung wird regelmäßig von externen Gutachtern überprüft, damit die Universität ein Zertifikat erhält, anstatt dass sie sich selbst Kriterien setzt und deren Umsetzung bewertet.

Trotz positiver Rückmeldung vieler Senator:innen wurde über den Antrag auf ein Umweltmanagementsystem jedoch aufgrund fehlender finanzieller Mittel nicht abgestimmt. Diese Kontrolle halten Students for Future zwar für angemessener und wirkungsvoller als die Erstellung eigener Kriterien, sehen aber auch ein, dass es für Forschung und Lehre zusätzlich einer Nachhaltigkeitsstrategie bedürfe. Sie verstehen auch, dass dieser Plan aufgrund der Kürzungen hinten angestellt wird und daher durch die Strategie des Nachhaltigkeitsbüros über einen längeren Zeitraum entwickelt werden soll.

Students for Future betonen gleichzeitig auch die positive Rückmeldung des Rektors auf die Podiumsdiskussion im Rahmen der letzten Public Climate School, einer von der Initiative ins Leben gerufene Veranstaltungsreihe zur nachhaltigen Bildung. Es sei erst einmal erfreulich, dass die Universität sich positiv gegenüber nachhaltigen Ideen gebe, aber es sei eben auch wichtig, dass es nicht nur bei einer positiven Rückmeldung bleibe, sondern darauf auch Taten folgen. Die Entstehung des Nachhaltigkeitsbüros in Zusammenarbeit mit der Green Office Initiative nach der Vollversammlung der Public Climate School sei aber erst einmal ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung und zeige direkte Reaktionen der Uni auf die Forderungen der Studierenden. „Das Mindset der Uni ist auf jeden Fall pro-klimapolitisch, was sich durch die viele positive Kritik, die wir bekommen haben, äußert. Aber die Umsetzung hapert doch an vielen Dingen, vor allem an der Finanzierung, den bestehenden Strukturen und dem Zeitaufwand“, fasst Sophie zusammen.

Nachhaltigkeit vorleben

Ähnlich sehen es auch Rachel und Stefan von nachHALLtig. Die studentische Initiative hatte ein Nachhaltigkeitsbüro schon 2015 gefordert. Die Idee wurde aber damals noch nicht umgesetzt.

NachHALLtig gründete sich 2013 mit dem Ziel, Nachhaltigkeit in die Lehre zu bringen. Hauptsächlich fokussiert sich die Gruppe auf von ihnen veranstaltete Ringvorlesungen und Seminare. Außerdem sind sie Teil des Netzwerks n, das sich der Transformation der Hochschulen vor dem Nachhaltigkeitsleitbild verschrieben hat.

Frederik Bub, der jetzt das Nachhaltigkeitsbüro koordiniert, war lange Zeit Teil von nachHALLtig. Dass er den Posten bekommen hat, stimmt Stefan „übergücklich“, obwohl auch er sich auf die Stelle beworben hatte. Er sei aber fordernder gewesen als Frederik Bub. Zum Beispiel wünscht er sich bis heute, dass die halbe Stelle erweitert wird und viel mehr studentische Hilfskräfte eingestellt werden. „Es wäre mir wichtig, dass auch Studierende ganz schnell lernen, in solchen Bereichen Verantwortung übernehmen zu können,“ sagt er. Nach Informationen des Nachhaltigkeitsbüros soll dies jedoch bald geschehen, es werden zwei studentische Hilfskräfte eingestellt.

Der Kontakt zum Nachhaltigkeitsbüro ist nicht so eng, wie sie sich das gewünscht hätten. Das sei hauptsächlich daran festzumachen, dass sich das Büro erst einmal entwickeln



müsse, meint Stefan. „Ich glaube, die beginnenden Werkstattgespräche sind der richtige Weg, um nicht nur Nachhaltig mit ins Boot zu holen, sondern auch noch andere Initiativen“, fügt er hinzu.

Auch Rachel sieht die Entwicklung positiv. Gut sei, dass bei den anstehenden Kürzungen nicht beim Nachhaltigkeitsbüro gestrichen werden soll. Dennoch dürfe es nicht nur dabei bleiben, dass die Uni Nachhaltigkeit lehrt. Sie müsse sie auch vorleben. „Es ist wichtig, dass auch an den Betrieb gegangen wird. Vielleicht kann so sogar Geld gespart werden. Das käme der Uni gerade jetzt zugute“, sagt sie.

Allein das Nachhaltigkeitsbüro reiche aber nicht aus. „Wenn die Uni das Ziel hat, irgendwann klimaneutral zu werden, werden wir um einen Senatsbeschluss nicht herumkommen“, meint Rachel. Ein solcher Beschluss würde Nachhaltigkeit langfristig verankern. So wäre die Nachhaltigkeitsstrategie auch vor den Launen der kommenden Rektorate geschützt.

Insgesamt ist man bei NachHALltig zufrieden mit dem Vorgehen der Universität. Auch wenn einige Wünsche geäußert werden. Zum Beispiel runde Tische in den Fakultäten, um schon dort sagen zu können, was machbar ist und was schon jetzt an den einzelnen Stellen umgesetzt werden kann. Denn was die Uni gut könne, sei Partizipation leben, meint Stefan.

Wie wird es weitergehen?

Den Willen, sich zu einer nachhaltigen Universität zu entwickeln, scheint das Rektorat zu haben. Wie es weitergehen wird, ist offen. Fraglich ist vor allem, warum erst so spät angefangen wurde und ob eine Nachhaltigkeitsstrategie wirklich so lange braucht. Einmal beschlossen, ist sie auch noch lange nicht umgesetzt.

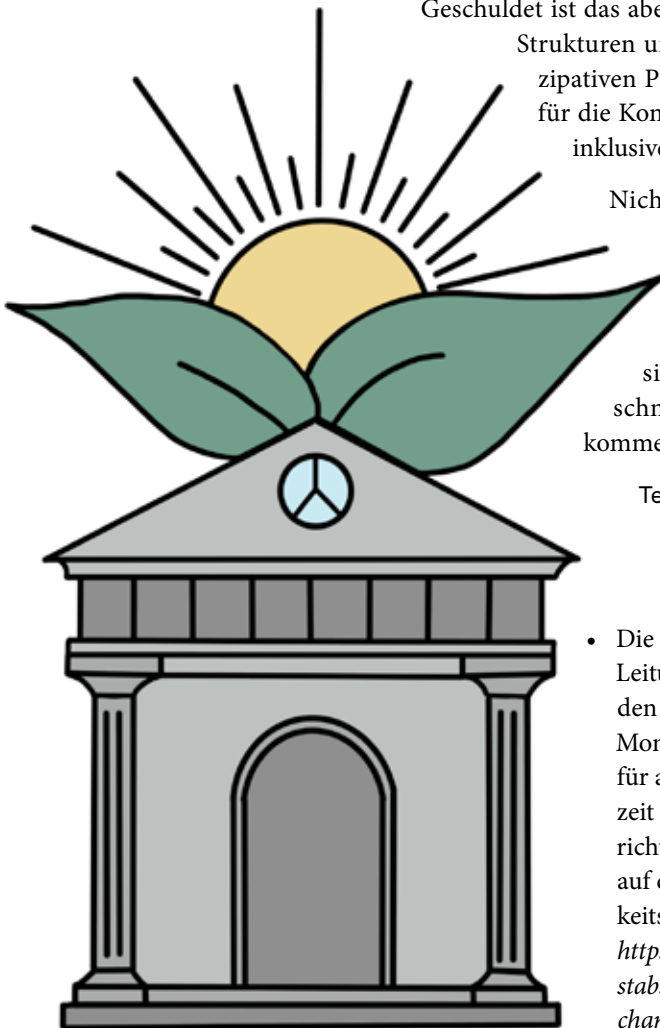
Geschuldet ist das aber auch den hochschulinternen Strukturen und langsamen, aber sehr partizipativen Prozessen, die von vielen Seiten für die Komplexität kritisiert, aber für die inklusive Ausgestaltung gelobt werden.

Nicht nur die Strukturen der Universität, auch finanzielle und rechtliche Steine liegen auf dem Weg zu einer nachhaltigen Martin-Luther-Universität. Es bleibt abzuwarten, wie schnell und ob es überhaupt dazu kommen wird.

Text: Joya Hanisch, Manuel Klein

Foto: Uni Halle

Illustrationen: Joya Hanisch



- Die Werkstattgespräche unter der Leitung von Frederik Bub finden immer am letzten Freitag des Monats um 12.15 Uhr statt und sind für alle Studierenden offen. Derzeit werden sie noch online ausgerichtet, den Zugangslink findet Ihr auf der Website des Nachhaltigkeitsbüros.

<https://www.rektor.uni-halle.de/stabsstelle/vielfalt-chancengleichheit/nachhaltigkeit/>

Uns gibt es auch online!



Aktuelle Artikel und Termine, die nicht im Heft stehen. Was fehlt? Schick uns Deine Hinweise mit studentischem Bezug.

Neugierig auf den Ersti-Sonderteil? Oder mal in alten Heften schmökern? Schau in unser umfangreiches Heftarchiv.



Die Lösungen unserer Heft-Rätsel findest Du online.

Bleib auch in unseren Social-Media-Kanälen auf dem Laufenden.

hastuInteresse

THERE IS NO
PLANET B



SAVE THE
PLANET.
SAVE THE
HUMAN.

#HUMAN
RIGHTS
FOR
FUTURE

Wundermittel oder Teufelszeug? Unser Hunger nach Palmöl

Was haben die Tomatensuppe Toscana von Knorr, Maybelline Mascara und Vitalis-Müsli gemeinsam? Laut Greenpeace und WWF beinhaltet jedes zweite Produkt im deutschen Supermarkt Palmöl. Von Nachhaltigkeitsmythen, politischen Dimensionen und Erlebnissen der MLU-Studentin Senta Hollmann aus Indonesien.

„Um fünf Uhr morgens ist Antritt vor dem Firmengebäude in Patas Lawang. Nach einer eher wenig motivierenden Ansprache des Managers des Dorfes werden die ID-Karten gescannt und sämtliche Arbeiter auf die unterschiedlichen Sektoren verteilt.“ So beschreibt Senta Hollmann, eine Studentin der Medien- und Kommunikationswissenschaften an der Martin-Luther Universität, einen Tag auf einer Palmölplantage. Weiterhin erzählt sie, dass die Aufgabe der Arbeiter:innen zunächst darin besteht, die Palmwedel, die sich unter den reifen Trauben befinden, mit einem sichelförmigen Messer abzuschneiden, das an einem bis zu 16 Meter langem, verstellbaren Metallstab befestigt ist. „Das benötigt nicht nur enormen Kraftaufwand, sondern auch Geschick und eine spezielle Technik“, erklärt Senta.

Sind die Trauben freigelegt, müssen diese mit dem Messer aus verschiedenen Winkeln angesägt werden, bis sie herunterfallen. Dabei ist große Vorsicht geboten, denn die Dornen an den Wedeln und Früchten sind äußerst giftig. Das vorgeschriebene Minimum während einer Arbeitsschicht liegt bei 35 Ölpalmtrauben, die geerntet werden müssen. Eine Traube wiegt dabei je nach Reifegrad bis zu 60 Kilogramm. „Sind alle reifen Früchte einer Ölpalme geerntet, müssen diese mit einem spitzen Metallstab aufgespießt und über der Schulter zum Hauptweg getragen werden. Andere Arbeiter laden diese am Nachmittag auf LKWs.“

Als Senta nach Bukit Lawang (Sumatra) kam, verliebte sie sich sofort in das magische Dschungeldorf, das sich am Rande des Dschungels an einem glasklaren Fluss entlang schlängelt, und ist seitdem öfter dort. Während der Monate in der Provinz Nord-Sumatra kam sie mit vielen Personen in Kontakt und erhielt persönliche Einblicke in die Arbeit der Menschen vor Ort. Bei den folgenden indonesischen Namen handelt es sich um Pseudonyme, um die Personen und ihre Anstellung auf der Plantage zu schützen.

Eine grüne Oase

In dem kleinen Dorf Patas Lawang, das sich an Bukit Lawang anschließt, leben etwa 55 Familien, die für den malaysischen Palmölkonzern Kuala Lumpur Kepong Berhard (KLK) arbeiten. Nur wenige Kilometer entfernt befinden sich vier weitere Dörfer, die genau wie Patas Lawang ausschließlich für die Arbeiter:innen des Konzerns errichtet wurden. Direkt hinter den Ölpalmen ragen zum Greifen nah die dunkelgrün bewaldeten Berge des Dschungels auf. Sie gehören zum Gunung-Leuser-Nationalpark, einem der größten Naturschutzgebiete Indonesiens.



Weiblicher Orang-Utan

Der Regenwald ist aufgrund seiner weltweit einmaligen Artenvielfalt geschützt und beheimatet neben dem vom Aussterben bedrohten Sumatra-Tiger die ebenso gefährdeten Sumatra-Nashörner, Waldelefanten, Siamangs, Makaken, Sumatra-Fasane und Nashornvögel. Aufgrund seiner Flora und Fauna gehört Indonesien zu den Megadiversitätsländern der Erde. Für die Sumatra-Orang-Utans ist der Regenwald im Norden der Insel der wichtigste Zufluchtsort. 2004 wurde der Nationalpark daher zum UNESCO-Weltnaturerbe erklärt. Bereits seit 2011 steht dieses Gebiet auf der Liste der gefährdeten Erben der Welt.

Ein riesiges Geschäftsmodell

Bis 2009 wurde das Land rund um Patas Lawang von der Regierung für den gemischten Anbau von Kautschuk, Kakao und Palmöl genutzt. Seit der Pachtung des Landes durch KLK im selben Jahr wachsen jedoch ausschließlich Ölpalmen in dieser Region. KLK ist mittlerweile der fünftgrößte Palmölkonzern der Welt. 220 Arbeiter:innen sind offiziell auf der Plantage beschäftigt, die Zahl der Selbstständigen dürfte jedoch um einiges höher sein.

Nord-Sumatra war die erste indonesische Provinz, die 1911 mit dem Anbau von Ölpalmen begann, die ursprünglich aus Westafrika stammen und ausschließlich in tropischen Regionen gedeihen können. Genau 100 Jahre später ist Indonesien der weltweit größte Produzent, Exporteur und Konsument von Palmöl. Die in Indonesien als Entwicklungsmotor angesehene Palmölindustrie spielt neben dem Handel mit tropischen Hölzern und Gold eine bedeutende Rolle für das Bruttoinlandsprodukt. Aktuell geht die Umweltorganisation „Rettet den Regenwald“ weltweit von etwa 27 Millionen Hektar Anbaufläche für Ölpalm-Monokulturen aus. Genaue Angaben sind nicht auffindbar, da es keine stabile Datenbasis gibt. Etwa ein Viertel des artenreichsten Regenwaldgebietes der Erde musste bislang dafür weichen.



Das indonesische Dorf Patas Lawang

Wundermittel?

Für die großflächigen Rodungen des Regenwaldes spricht vor allem eins: Palmöl ist das mit Abstand billigste und am meisten produzierte Pflanzenöl auf dem Weltmarkt. Es ist so gefragt, da das geruchs- und geschmacksneutrale Öl vielseitig einsetzbar und lange haltbar ist. Diese Eigenschaften machen das Öl zum idealen Rohstoff für die Herstellung von billiger Massenware. Hauptabnehmer sind unter anderem Fabriken der Lebensmittel- und Chemieindustrie und Wärmeerzeuger. Zu den bekanntesten zählen multinationale Unternehmen wie Unilever, PepsiCo, Ferrero, Nestlé, McDonalds und Colgate-Palmolive. Neben China und der Europäischen Union stehen Indonesien und Indien an oberster Stelle der Konsumenten.

Palmöl versteckt sich nicht nur in Nutella und Tiefkühlpizza, sondern ist unter anderem auch in Brotaufstrichen, Margarine, Kosmetik, Reinigungsmitteln und vor allem als Biosprit in Dieselmotoren. Ein bedeutender und oftmals nicht beachteter Anteil fließt außerdem in das Futtermittel für Tiere, das besonders in der Massentierhaltung zu riesigen Verbrauchsmengen führt.

Maßgeblich verantwortlich für den massenhaften Einsatz ist der geringe Flächenverbrauch: Die Ölpalme ist die mit Abstand ertragreichste und damit effizienteste Ölpflanze. Während der Ertrag von Kokospalmen, Sonnenblumen und Raps bei knapp 0,8 Tonnen Öl pro Hektar und der von Soja bei nur 0,5 Tonnen Öl pro Hektar liegt, erbringt die Ölpalme im Durchschnitt 3,8 Tonnen Öl auf gleicher Fläche. Des Weiteren ist sie äußerst robust und daher nicht sehr anfällig für Schädlinge.

Teufelszeug?

Aus ernährungsphysiologischer Perspektive hebt Professorin Gabriele Stangl die negativen Wirkungen der Inhaltsstoffe hervor. Sie ist Inhaberin des Lehrstuhls Humanernährung am Institut für Agrar- und Ernährungswissenschaften der Martin-Luther-Universität. „Palmöl besteht zu über 50 Prozent aus gesättigten Fettsäuren, welche den Blutfett- und Cholesterinspiegel ungünstig beeinflussen.“ Bei dem industriellen Verarbeitungsschritt der Raffination wird das Öl auf über 265 Grad erhitzt, um beispielsweise unerwünschte Aromastoffe aus dem Öl zu bringen. Dabei entstehen weitere schädliche Substanzen, wie Professorin Stangl erklärt: „Der Stoff Glycidol steht beispielsweise in Verdacht, krebserregend zu sein. Bis heute gibt es allerdings wenig Daten über die Exposition in der Bevölkerung.“

Einen konkreten ernährungsphysiologischen Verzehrhinweis kann die Professorin jedoch nicht aussprechen, da die schädlichen Stoffe graduell wirken und es zu wenig Forschung auf dem Gebiet gibt. „Was ich aber allgemein raten kann: Nur 10 Prozent der Fettaufnahme sollte aus gesättigten Fettsäuren stammen. Da kann sich jeder selbst ausrechnen, wie viel das bei Palmöl ist, das zu mehr als 50 Prozent aus gesättigten Fettsäuren besteht.“

Einen großen Nachteil des Öls stellen auch die Folgen des Anbaus dar: In den Plantagen herrscht kein tropisches Regenwaldklima mehr. Stattdessen entwickeln sich Savannen-Landschaften, da die Ölpalmen sämtliches Grundwasser entziehen und die Böden auslaugen. Ein enormer Temperaturanstieg findet statt. Zusätzlich vergiften Pestizide und Kunst-

dünger das Grundwasser. Hier können nur wenige Tier- und Pflanzenarten überleben.

Früchte der Ölpalme



Die weltweite Entwaldungsrate von jährlich 3 770 000 Hektar tropischer Regenwälder entspricht einer Fläche von etwa 10 Fußballfeldern, die jede Minute verloren geht. Laut der Weltbank nutzt nur ein Drittel der Palmölkonzerne Land, das zuvor anderweitig kultiviert wurde oder brach lag. Demzufolge steht der Großteil aller Plantagen auf zuvor bewaldeten Flächen oder Torfböden, die als kostbare Kohlenstoffdioxidspeicher gelten.



Sicht auf eine Palmölplantage

Ein großes Problem stellen auch die Brandrodungen dar: Oft greift das Feuer dabei auch auf angrenzende Regenwaldgebiete über. 2015 starben etwa 100 000 Menschen an den Folgen des schädlichen Rauches, der sich über ganz Südostasien ausbreitete. Auch Senta Hollmann hat die Folgen 2019 miterlebt: „Auf Sumatra, Borneo und in Kalimantan waren ganze Regionen in eine dicke, giftige Rauchwolke gehüllt, die bis nach Singapur und Kuala Lumpur zog. Tagelang war auch in Bukit Lawang kein direktes Sonnenlicht zu sehen und die Sicht auf etwa 50 Meter beschränkt.“

Auch das Jahr 2020 brachte keine Besserung – durch das Coronavirus und die damit zusammenhängende wirtschaftliche Notlage kam es weltweit zu massiveren Rodungen als je zuvor. Für den Anbau, die Bodenbearbeitung, Düngemittel, Pestizide, Ernte, Transport und Verarbeitung des Palmöls wird zudem sehr viel fossile Energie eingesetzt. Seit 2019 gilt Indonesien dadurch als zehntgrößter CO₂-Emittent der Erde.

Folgen für den Menschen

Doch nicht nur die Umwelt in den artenreichsten Ökosystemen unserer Erde und das Klima leiden unter dem expandierenden Anbau von Ölpalmen, sondern vor allem auch die Menschen, die auf den Plantagen arbeiten oder ihr Land dafür verlassen müssen. Oftmals geschehen diese Landübergaben nicht freiwillig, sondern durch gewaltsame Vertreibungen oder Verhaftungen. Kein anderer Wirtschaftssektor in Indonesien hat bisher so viele Landrechtsstreitigkeiten verursacht wie die Palmölindustrie mit mehr als 700 Landkonflikten. Dieser Kahlschlag bedroht massiv den Lebensraum, die Wirtschaftsweise und



Irfan bei der Arbeit

Identität der rund 300 indigenen Völker die in und von Indonesiens Regenwald leben. Selbst friedliche Proteste werden gewaltsam beendet. Eine Verbesserung ihrer Lebenssituation ist auch dann nicht gewährleistet, wenn die lokale Bevölkerung Arbeit auf den Palmölplantagen findet. Viele der Arbeiter:innen sind nicht fest angestellt, sondern verdingen sich als Selbständige, sogenannte BHLs, auf den Plantagen – eine weitverbreitete Form der Ausbeutung in der Palmölindustrie. Ohne Mindestlohn und Sozialversicherung müssen die Baru Harian Lepas (BHL), was so viel bedeutet wie „täglich neuer Tagelöhner“, Tag für Tag die harte und durchaus gefährliche Arbeit ausführen, für die sie nach Quoten und nicht nach Stunden bezahlt werden. Da es keinen Arbeitsvertrag gibt, handelt es sich mehr oder weniger um eine Art legale Schwarzarbeit.

„Das betrifft auch den 36-jährigen Irfan“, erzählt Senta Hollmann. Sie begleitete ihn und seine Frau Indra auf der Plantage. Sein Vater war Kebon-Arbeiter, genau wie seine zwei Brüder inzwischen auch. Offiziell darf man ab einem Alter von 23 Jahren Kebon werden. Ist man bereits älter als 30, bekommt man nur noch durch Korruption Zugang zu dieser Position. BHLs hingegen sind schon mit 15 Jahren zugelassen. Ist man noch jünger, muss man sich unauffällig im Hintergrund aufhalten. „Arbeiten darf aber jeder, die oder der nur will“, meint Senta augenzwinkernd. Da Irfan zunächst mit seiner Familie in dem Dorf seiner Frau lebte und erst vor etwa vier Jahren gemeinsam mit ihnen wieder in sein

Heimatdorf zurückkehrte, ist er nun ein Neuling in der Palmölfirma KLK und kann nicht den Kebon-Status seines Vaters übernehmen. Stattdessen arbeitet er seit seiner Rückkehr als BHL. „Sein muskulöser Körper zeigte, dass er deutlich länger und härter arbeitet als die Kebons“, erinnert sich Senta. Auch die BHL müssen das tägliche Minimum von 35 Trauben erfüllen, doch ihre Bezahlung basiert auf den geernteten Kilogramm an Trauben. Irfan versucht täglich zwischen 100 und 150 Trauben zu ernten, was je nach Höhe der Palmen sieben bis acht Stunden dauert, um wenigstens 100 000 IDR (knapp sechs Euro) am Tag zu verdienen. Bis zu 3500 Kilogramm schleppt er täglich für diese schlecht bezahlte Arbeit. Doch an manchen Tagen ist selbst das nicht möglich, da nicht genügend Trauben zeitgleich reif sind. In diesem Fall werden nur die Kebon-Arbeiter:innen in die Plantage geschickt, denn diese müssen ohnehin vom Unternehmen bezahlt werden.

Seine Frau Indra begleitet ihn stets in die Plantage und sammelt alle beim Ernten heruntergefallenen einzelnen Früchte ein. Pro Sack, der ca. 35 bis 40 Kilogramm wiegt erhält sie umgerechnet 23 Cent. Auch wenn ihr theoretisch das doppelte Geld zustünde, schreibt der Mandor, der als eine Art Aufpasser fungiert, stets nur 20 Kilogramm auf, um den Rest selbst zu behalten. Aufgrund der hohen internen Korruption lohne es sich nicht, Beschwerde über diese Ungerechtigkeit einzureichen. Verbreitete Arbeit für die Frauen im Dorf ist außerdem das Streuen von Düngemitteln und Pestiziden. Irfans Mutter verbietet Indra jedoch, einen solchen Job anzunehmen, da sie dies selbst als junge Frau tat. Genau wie ihre Kolleg:innen erkrankte sie zeitig an den Folgen des täglichen Kontakts mit den Chemikalien, die sich besonders schädlich auf Lunge und Augen auswirken. Nur gemeinsam verdienen Irfan und Indra im Monat je nach momentanen Wachstumsbedingungen circa 3 Millionen Rupiah, was in etwa 173 Euro entspricht.



Im Gegensatz zu den Kebons erhalten sie keinerlei Unterstützung bei Hausreparaturen, geschweige denn Schutzkleidung, eine Versicherung, das monatliche Reisgeld oder Rente. Dieses Einkommen reicht nicht aus, um eine fünfköpfige Familie zu versorgen. Sie leben stets nach dem Motto „Gali lobang, tutup lobang“, was so viel bedeutet wie: „Grabe ein Loch, schließe ein Loch“. Sobald sie ihren monatlichen Verdienst ausgezahlt bekommen, müssen sie sämtliche bis dahin entstandenen Schulden begleichen, sodass kaum noch genügend Geld für das tägliche Leben der Familie übrigbleibt. So lässt sich kaum etwas für die Zukunft ansparen, geschweige denn so etwas wie einen Helm für die gefährliche Erntearbeit kaufen.

Etikettenschwindel?

Der Plantage rund um Patas Lawang wurde 2014 das Zertifiziersiegel des RSPO verliehen. Der Runde Tisch für Nachhaltiges Palmöl (Roundtable on Sustainable Palm Oil, kurz RSPO) entstand 2008 aus einem Zusammenschluss der großen Palmölerzeuger und -verbraucher. Der WWF hatte zwischenzeitlich den Ausstieg erwogen, entschloss sich dann aber, weiterhin Mitglied im RSPO zu bleiben, um die Mindestanforderungen des Siegels weiterhin zu verbessern.

Ziel des RSPO ist es, die Produktion und den Absatz von als nachhaltig deklariertem Palmöl zu steigern, um es damit wieder „salonfähig“ zu machen. Klimaschutz ist in den RSPO-Anforderungen bisher kaum bis gar nicht enthalten. Nicht einmal Regenwald-

Palmöl-Guide für den Alltag

Inhaltsstoffe, die Palmöl enthalten – oder enthalten können:

- <https://www.produkte-ohne-palmoel.de/index.php/einkaufsfuehrer/palmoel-deklarationen>

Firmen, die kein Palmöl verwenden (Lebensmittel, Kosmetik, Reinigungsmittel):

- <https://www.produkte-ohne-palmoel.de/index.php/einkaufsfuehrer>

Firmen*, die transparent nachvollziehbares Palmöl verwenden:

- Rapunzel (z.B. Bionella). Dr. Bronner's, GEPA – diese drei Firmen verwenden faires Bio-Palmöl von Serendipalm aus Ghana.
- Allos, Alnatura, Alsan, Alterra, Barnhouse, Dr. Hauschka, EnerBIO, Hipp, Huober, Sodasan – diese Firmen beziehen ihr Palmöl aus Plantagen, die Ölpalmen teilweise unter biologischen und fairen Bedingungen anbauen. Dazu gehören Natural Habitats, Agropalma und Daabon.

**kein Anspruch auf Vollständigkeit*

rodungen sind verboten, um das Zertifikat zu erhalten. „Es ist schockierend, dass derartige Standards des RSPO überhaupt erst erarbeitet werden müssen, da die meisten der darin enthaltenen Aspekte zu den allgemeinen Grund- und Menschenrechten zählen“, kommentiert Senta Hollmann die Zertifizierungsvorgaben, als sie sich im Rahmen ihrer Recherche damit auseinandersetzt.

Nicht nur die Anforderungen an das Zertifikat sind sehr nachlässig, sondern auch ihre Prüfung und Einhaltung. Die Zertifizierungsstellen werden von den Konzernen selbst beauftragt und bezahlt, wodurch sie käuflich sind. Da trotz des RSPO-Labels Landraub und Rodungen des Regenwaldes meist ohne Konsequenzen stattfinden, steht das Zertifizierungssystem bei Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen stark im Verruf des Greenwashings und Etikettenschwindels, da den Konsument:innen vorgetäuscht wird, dass sie etwas „Gutes“ tun, wenn sie Produkte mit angeblich nachhaltig produziertem Palmöl kaufen.

Eine Lösung?

Eine Lösung der Palmölproblematik scheint bisher unauffindbar zu sein. Ein radikaler Boykott ist durch den weltweit stark verbreiteten Einsatz des Palmöls unrealistisch und würde für viele Kleinbauern und -bäuerinnen weitreichende negative soziale und wirtschaftliche Konsequenzen nach sich ziehen. Laut einer Studie der Universität Göttingen hat der Palmölboom die ländliche Armut in Indonesien und anderen Anbauländern in den letzten Jahren deutlich reduziert.

Gibt es dennoch eine Chance, etwas gegen den Etikettenschwindel und die Zerstörung der Artenvielfalt unternehmen zu können? Diesen und weiteren Fragen hat sich Ulrike Eichstädt gewidmet. Sie ist Diplombiologin und Erzieherin sowie Bildungsreferentin für globales Lernen im Friedenskreis Halle. Der gemeinnützige Verein organisiert Bildungsveranstaltungen zu Regenwald und Palmöl und ist dafür unter anderem in Berufsschulen, Schulen und Kindergärten präsent. Als Erzieherin erreicht Ulrike Eichstädt somit viele junge Menschen aus Sachsen-Anhalt. Vorwissen und Resonanz differieren dabei deutlich: „Einige kennen sich mit der Thematik aus, die meisten haben jedoch noch nie einen Gedanken daran verschwendet. Es ist uns ein besonders großes Anliegen, auch Personengruppen zu erreichen, die sonst nicht so einen leichten Zugang haben.“ Dabei ist es allerdings oft gar nicht einfach, mit den Menschen ins Gespräch zu kommen. „Viele schalten bei polarisierenden Themen und gewissen Trigger-Begriffen sofort ab.“ Auf die Frage, ob sie eine reale Chance sieht, als kleiner Verein etwas gegen die großflächige Abholzung des Regenwaldes unternehmen zu können, antwortet die Bildungsreferentin schmunzelnd. „Das ist die Frage aller Fragen. Ich glaube fest daran, weiß aber auch, dass es nicht schnell geht. In der Bildungsarbeit konnten wir ein interessantes Phänomen beobachten: Es tut sich eine Lücke auf zwischen Wissen und tatsächlichem Handeln. Gerade dort wollen wir ansetzen.“

Konkrete Visionen hat auch Alina Brad. Die Politikwissenschaftlerin forscht an der Universität Wien zu den Themen Klima, Umwelt, Ressourcenpolitik und sozialökologische Transformation. „Im Rahmen einer Forschungsarbeit war ich auf einer kleinen



Blick in den Dschungel

Insel in Sumatra. Dort gab es keine Ölpalmen, aber die Bauern vor Ort haben mir erzählt, dass sie am liebsten Ölpalmen anbauen würden. Das hat mich neugierig gemacht.“ Inzwischen hat Brad ihre Doktorarbeit über das Thema geschrieben sowie ein Sachbuch mit dem Titel „Der Palmölboom in Indonesien: Zur Politischen Ökonomie einer umkämpften Ressource“ veröffentlicht. Besonders die Komplexität des Themas und die verschiedenen Interessengruppen faszinieren sie.

Brad meint, dass die finanziellen Summen dahinter nur schwer vorstellbar sind. Außerdem sei es unglaublich kompliziert, die Lieferkette nachzuvollziehen. „Deshalb ist es schwierig gegenzusteuern. Als beispielsweise die EU verbieten wollte, Palmöl im Biodiesel einzusetzen, folgte eine riesige Kampagne des indonesischen Staats und Malaysias.“ Vor allem über Social Media wurde propagiert, dass bei Durchsetzung des Vorhabens viele in der Landwirtschaft tätige Personen finanzielle Einbußen zu erleiden hätten. „Das Narrativ, das dadurch erzeugt wurde, ist sehr interessant. Denn eigentlich wären vor allem die Unternehmen davon betroffen gewesen.“

Alina Brad spricht sich dafür aus, die nachfragenden Unternehmen in die Verantwortung zu nehmen. Die Einführung eines strengeren Lieferkettengesetzes in weiteren Ländern inklusive zivilrechtlicher Klagen wäre dafür notwendig. „Außerdem bin ich für eine Kennzeichnungspflicht. Bei Lebensmitteln lässt sich das gut durchsetzen und hat sich in vielen Restaurants bereits etabliert. Je komplexer die Zusammensetzung eines Produkts, desto komplizierter ist allerdings auch die Kennzeichnungspflicht.“ Brad geht somit davon aus, dass das Freiwilligenkonzept keine Lösung sein kann: „Es braucht einen starken staatlichen Einfluss, anstatt alles dem freien Markt zu überlassen. Auch die Verbraucherländer müssen in die Pflicht genommen werden.“

Auch Senta Hollmann stimmt dem zu: „Ohne ein Einschreiten und Verhandeln der Regierungen wird sich die Palmölindustrie stetig weiter ausbreiten. Daher müssen wir als Konsument:innen Druck auf die Politik und Wirtschaft ausüben. Denn solange wir begeistert die billigsten Produkte kaufen, bestätigen wir die ungemeine Nachfrage nach konventionellem Palmöl.“ Senta schließt ihre Überlegung mit dem Appell: „Die Auswirkungen des Klimawandels sind bereits spürbar, und unser Handeln wird immer dringlicher!“

Text: Clara Hoheisel

Fotos: Senta Hollmann

Rubrikeinleitungsbild: Marlene Nötzold



Die Stadt ohne Oberbürgermeister

Hallenser:innen krempeln die #Ärmelhoch! Dies tat auch Oberbürgermeister Dr. Bernd Wiegand und trat damit den „Impfskandal“ von Halle los. Die vorzeitige Impfung des ehemaligen Oberbürgermeisters und einiger Stadträte wurde zu einem deutschlandweiten Fauxpas. Dies hat neben den rechtlichen Folgen für den Oberbürgermeister selbst auch Auswirkungen für die Bürger:innen der Stadt.

Die rechtliche Seite: Der Oberbürgermeister ist dazu angehalten, sein Amt unparteiisch, uneigennützig und für das Allgemeinwohl nach §§ 33, 34 Beamtenstatusgesetz auszuführen. Durch die vorzeitige Impfung stand zur Debatte, ob Wiegand seine gesetzlich festgelegten Pflichten verletzte, und er wurde letztlich auf Grund dessen suspendiert.

Bei dieser Suspendierung handelte es sich um ein Dienstgeschäftsführungsverbot auf Grundlage des § 39 Beamtenstatusgesetz und § 53 Beamtengesetz des Landes Sachsen-Anhalt, erläutert Stefan Abisch, wissenschaftlicher Mitarbeiter der juristischen und wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Dies bedeutet, dass der Oberbürgermeister de facto noch im Amt ist, aber aus zwingenden

dienstlichen Gründen sein Amt nicht mehr ausführen und auch die Diensträume der Stadtverwaltung nicht betreten darf. Diese zwingenden dienstlichen Gründe sind im Falle des Oberbürgermeisters die Verletzung seiner Aufgaben als von den Bürger:innen gewählter Vertreter. Allerdings ist dies nicht das einzige Verfahren, dem sich der Oberbürgermeister aufgrund der losgetretenen Debatte stellen muss. Hinzu kommen strafrechtliche Ermittlungen der Staatsanwaltschaft wegen veruntreuter Unterschlagung von Impfdosen und ein aktuell ruhendes Disziplinarverfahren des Landesverwaltungsamts. Dieses Disziplinarverfahren würde nach Wiederaufnahme dem Landesverwaltungsamt die Enthebung des Oberbürgermeisters gemäß § 10 Disziplinargesetz Sachsen-Anhalt ermöglichen.

Sind derartige Verbote die Norm?

Dienstgeschäftsführungsverbote dieser Art sind kein Einzelfall, wie unter anderem die Suspendierung von Regina Blenkle, Bürgermeisterin der Stadt Haldensleben, aus dem Jahr 2017 zeigt. Auch Blenkle wurde ähnlich wie Wiegand zwangsbeurlaubt, da sie umstrittene Personalentscheidungen traf, Beschlüsse des Stadtrates nicht umsetzte und Akten aus dem Rathaus der Stadt Haldensleben entnahm. Der Haldenslebener Stadtrat hatte daraufhin für eine Amtsentfernung geklagt und siegte in erster juristischer Instanz. Sie darf bis auf Weiteres ihre Amtsgeschäfte nicht mehr ausführen – das Verfahren hierzu läuft schon seit fünf Jahren. Eine ähnliche Situation kann der Stadt Halle (Saale) nun bevorstehen.



„Bei solchen Ermittlungen ist es üblich, dass sie sich über mehrere Monate hinziehen. Bis ein rechtskräftiges Urteil verkündet wird, kann es sogar Jahre dauern, wenn der Rechtsstreit sich über mehrere Instanzen zieht“, beurteilt Abisch die Lage.

Es lasse sich also zum aktuellen Zeitpunkt nicht einschätzen, wie lange die Stadt Halle (Saale) ohne Oberbürgermeister verwaltet wird. Fraglich ist nun, welche Probleme sich aus der Suspendierung ergeben und mit welchen Auswirkungen die Bürger:innen rechnen müssen. Abisch erklärt: „Aus rein rechtlicher Perspektive hat die Suspendierung keine Auswirkungen. Im Innenbereich [der Stadtverwaltung] existieren Vertretungsregelungen, nach denen nun gearbeitet wird. Die Aufgaben des Bürgermeisters werden sich somit auf verschiedene Köpfe verteilen.“

Text und Fotos: Tom Wilsdorf



„Es ist schon manchmal nicht leicht.“

Lukas und Niklas engagieren sich seit 2019 beim Arbeitskreis Asyl (Asyl-AK) der Hochschulgruppe Amnesty International. Im Interview erzählen sie von ihrer Arbeit, von Erfolgserlebnissen und schwierigen Beratungen.

Was ist der Asyl-AK? Was macht ihr?

Lukas: Wir bieten sowohl Asylbegleitung als auch Asylverfahrensberatung an. Bei der Asylbegleitung gehen wir zum Beispiel mit geflüchteten Menschen zum Amt. Dazu braucht es auch keine juristischen Kenntnisse. Meistens ist es dort einfach hilfreich, wenn jemand dabei ist, der deutscher Muttersprachler ist. In der Asylverfahrensberatung bieten wir dann tatsächlich rechtliche Hilfe an und erarbeiten häufig auch Möglichkeiten für eine Bleibeperspektive.

Niklas: Das ist auch kein einzigartiges oder neues Konzept. Den Asyl-AK gibt es deutschlandweit in Amnesty-Hochschulgruppen.

Lukas: Neben Asylverfahrensberatung und -begleitung machen wir so ziemlich alles, was mit dem Thema Asyl zu tun hat. Wir haben auch viel politische Arbeit geleistet. Zum Beispiel bieten wir auch Deutsch-Cafés in der Innen- und Neustadt an, bei denen Menschen unterstützt werden sollen, Deutsch zu lernen. Sonst engagieren wir uns noch mit Demos und Infoständen oder arbeiten tatsächlich politisch. Kürzlich haben wir beispielsweise einen Antrag beim Stadtrat eingereicht, der wahrscheinlich auch durchgeht.

Um was geht es da?

Lukas: Wir wollen, dass der Stadtrat beschließt, keine Abschiebungen nach Afghanistan mehr durchgeführt werden. Das ist ein bisschen schwierig, weil das kompetenzrechtlich gar nicht bei der Stadt liegt. Das ist Bundes- beziehungsweise Ländersache. Aber wenn die Stadt sich dafür ausspricht, muss der Bürgermeister das auf dem deutschen Städte-tag vortragen. Halle würde sich damit auch verpflichten, auf Landesebene dafür einzutreten, dass das Land beschließt, für mindestens drei Monate – mehr geht gesetzlich erst mal nicht – keine Abschiebungen nach Afghanistan durchzuführen.

Der Antrag wird von den Fraktionen der LINKEN, der SPD, der Grünen, der Mitbürger und Die PARTEI eingereicht. Sie zusammen haben schon mehr als 50 Prozent im Stadtrat. Deswegen gehen wir davon aus, dass die Stadt Halle sich dafür einsetzen wird.

Was ist euer Anspruch im Asyl-AK?

Niklas: Entsprechend dem übergeordneten Ziel von Amnesty: Der Schutz von Menschenrechten. Allgemein versuchen wir den Menschen zu helfen und eine Bleibeperspektive aufzuzeigen.

Lukas: Es gibt auch Fälle, zum Beispiel beim Familiennachzug, wo wir eigentlich schon wissen, dass wir nicht viel machen können. Dann ist es einfach wichtig, den Leuten zu erklären, was die rechtlichen Gegebenheiten sind und auch einfach als Ansprechpartner da zu sein.

Wie geht man emotional mit solchen Beratungen um?

Niklas: Bei mir ist es so, dass ich meist meine Moral ausklammere und mich nur auf das Juristische konzentriere, wenn es in die Beratung geht. Weil mich die Fälle sonst zu krass mitnehmen. Die Distanz, die ich dann wahre, ist vielleicht nicht immer gut, hilft mir aber.

Lukas: Teilweise ist es schon sehr krass. Dann sind das Schicksale, die einen richtig mitnehmen. Ich lasse da nicht so richtig meine Moral draußen. Wir hatten auch schon Leute im Asyl-AK, die dann wirklich alles versucht haben, um den geflüchteten Menschen zu helfen. Zum Beispiel indem sie Menschen mobilisiert haben. Es ist schon manchmal nicht leicht. Aber bis jetzt hatte ich zum Glück noch nie den Fall, mich mit einem Thema beschäftigen zu müssen, das mich gar nicht mehr losgelassen hat.

AMNESTY INTERNATIONAL



Niklas: Ich hatte einmal eine sehr krasse Beratung. Da ging es um eine Frau, die mit ihren Kindern und ihrem Mann nach Deutschland geflohen ist und bei uns einen Termin zur Asylberatung hatte. Ihr Ziel war es, ihre Familie nach Deutschland zu holen. Dabei ging es um die Großeltern und Geschwister und deren Kinder, die in einem Flüchtlingscamp in desaströsen Umständen lebten. Die Mutter konnte kein Deutsch, nur ihr sechsjähriger Sohn. Ich musste dann dem sechsjährigen Sohn erklären, dass es keine Möglichkeit gibt, die Familie nach Deutschland zu bekommen. Er musste das dann seiner Mutter erklären, hat selbst nicht verstanden, was gerade Sache ist, und seine Mutter ist so krass in Tränen ausgebrochen. Der kleine Junge war wirklich heftig überfordert. Die Beratung hing mir auch noch eine ganze Weile nach. Wir haben da auch viel probiert. Zum Beispiel haben wir mit Leuten aus Mecklenburg-Vorpommern telefoniert, weil die da spezielle Aufnahmeprogramme haben, die Sachsen-Anhalt nicht hat.

Gibt es eigentlich Schlupflöcher, zu denen ihr raten dürft, und wo liegen die Grenzen?

Lukas: Es gibt ein paar. Zum Beispiel werden Leute nach Afghanistan abgeschoben. Das wird aber natürlich nicht angekündigt vorher. Diese Termine bekommt man aber vorher manchmal raus. Es ist dann möglich, den Leuten, die das betreffen könnte, eine Mail zu schreiben und nur die Info weiterzuleiten. Was die Personen dann damit machen, liegt in ihrem Ermessen. Das passiert auch nicht im Namen von Amnesty.

Niklas: Bei der Einreise gibt es auch relativ viele Schlupflöcher. Oft informieren sich die geflüchteten Menschen über diese bezüglich des Familiennachzugs. Grundsätzlich verlangt das Gesetz für die legale Einreise (also nicht den Fluchtweg) einen Zweck. Zum Beispiel in Form eines Studienvisums. Die Leute versuchen oft mit falschem Zweck einzureisen. Man holt sich zum Beispiel ein Touristenvisum und beantragt dann Asyl. Das kann prinzipiell funktionieren; ich rate dazu trotzdem nicht, da der Gesetzgeber natürlich die Fälle auch bedacht hat und die Konsequenzen für alle Beteiligten relativ unschön sind.

Wir haben aber zum Beispiel einen Pfarrer bei uns im AK, der oft mehr versucht. Stichwort Kirchenasyl.



Was ist das genau?

Niklas: Kirchenasyl ist kein richtiges Rechtsinstitut. Die Kirche kann Menschen, die schon in Deutschland sind und von Abschiebung bedroht sind, aufnehmen. Der Staat schiebt diese Person dann nicht ab, weil er sich nicht in Kirchenangelegenheiten einmischt. Häufig soll dadurch auch eine Wiederaufnahme des Verfahrens oder erneute Überprüfung des Asylantrags bezweckt werden.

Lukas: Das ist aber eher so der letzte Ausweg und auch schwierig. Die Kirchen können auch nicht unbedingt allen Menschen Asyl geben. Da braucht es auch einen starken zivilgesellschaftlichen Rückhalt.

Wer kann sich bei euch engagieren?

Lukas: Bei uns kann jeder mitmachen. Wir sind zwar offiziell eine Hochschulgruppe, aber bei uns können auch Nicht-Studierende mitmachen. Nur wenn man beraten möchte, muss man bei Amnesty Mitglied werden und ein Seminar besuchen, bei dem man eine Einführung ins Asylrecht bekommt.

Wie lange seid ihr im Schnitt mit den geflüchteten Menschen in Kontakt?

Niklas: Das kommt sehr auf den Fall an. Man muss auch zwischen vor und während Corona differenzieren. Wir haben unsere Beratungspraxis gänzlich auf online umgestellt.

Lukas: Normalerweise können die Menschen entweder bei uns vorbeikommen, uns anrufen oder eine Mail schreiben.

Niklas: Wir haben Flyer in Geflüchtetenunterkünften, und so werden sie dann auf uns aufmerksam. Oder durch Mund-zu-Mund-Propaganda.

Lukas: Entweder haben wir uns dann vorher im Plenum kurz über den jeweiligen Fall beraten oder die Person gleich eingeladen mit der Bitte, alles was sie jemals in Deutschland an Papierkram bekommen hat in Deutschland, mitzubringen. Dann versuchen wir das Problem zu finden und Lösungen zu erarbeiten.

Oft gehen wir dann auch mit zu Gerichtsterminen, weil es doch hilft, wenn im Gerichtssaal eine Person aus der Zivilbevölkerung sitzt. Je nachdem, wie das Interesse der Person ist, geht so eine Beratung dann unterschiedlich lange. Manchmal gibt es nur eine Beratung, manchmal bis zum Gerichtstermin, manchmal auch länger. Online läuft es jetzt ein bisschen anders. Wir bitten die geflüchteten Menschen ihre Dokumente in eine sichere

Amnesty-Cloud hochzuladen, und dann beraten wir sie online über eine Videokonferenz.

Wie groß ist da die Barriere für geflüchtete Menschen, an einer Videokonferenz teilzunehmen?

Lukas: Leider sehr hoch. Die meisten, die jetzt daran teilgenommen haben, mussten das über die Psycho-soziale Beratungsstelle machen. Weil häufig, gerade wenn sie in der ZAST Halberstadt leben, das Internet sehr schlecht ist.

Niklas: Für uns bringt es online aber große Vorteile, wenn wir das Material vorher sichten können. Wir können uns dann vorher noch in der Gruppe besprechen und dann viel präziser beraten. Sonst musste man immer sehr spontan auf die Fälle reagieren.



Wie sind denn eure Erfahrungen mit Anwält:innen?

Niklas: Wir stehen nicht in Kontakt mit bestimmten Kanzleien, geben aber ab und zu Empfehlungen.

Ich wende mich auch oft an das Praxisprojekt Migrationsrecht der Universität. Dort kann man eine ASQ erwerben, also das ist nicht nur für Jurastudierende zugänglich. Man bekommt da einen guten Einblick in die grundsätzlichen Fragen des Migrationsrechts. Die beiden wissenschaftlichen Mitarbeitenden, die das leiten, helfen mir persönlich auch manchmal bei Fragen.

Lukas: Aber noch mal zu den Anwältinnen und Anwälten. Es ist schon krass, was für einen qualitativen Unterschied es gibt. Manche sind sehr motiviert und engagiert, manche eben nicht. Man darf auch nicht vergessen, dass es einfach eine gute Möglichkeit ist, Geld zu verdienen. Die Leute haben meistens keinerlei Alternativen, als sich an einen Anwalt zu wenden und das Geld zu bezahlen.

Ich hatte einmal einen Fall, da war ein junger Mann, der keinen Aufenthaltstitel bekommen hat und in eine Duldung gerutscht ist. Das heißt, er hätte jederzeit abgeschoben werden können. Das hat ihn natürlich sehr mitgenommen, und er war fertig. Der Richter meinte aber, dass er über seinen Schulabschluss einen Aufenthaltstitel erwerben könne. Daraufhin meinte seine Anwältin dann, dass man dazu aber ja erst mal den Abschluss schaffen müsse. Das fand ich schon eine krasse Aussage. Selbst der Richter war sichtlich verwirrt.

Habt ihr ein besonders positives Beispiel einer Beratung, das euch in den Sinn kommt?

(Langes Schweigen, dann betretenes Lachen. So wirklich will keinem der beiden ein Beispiel einfallen.)

Niklas: Das Ding ist, dass diese positiven Beratungen nicht so den Glückseffekt haben, weil sie sehr einfach sind und schnell gehen. Ich habe auch das Gefühl, dass es wirklich mehr negative Beratungen gibt als positive.

Lukas: Ich denke auch, dass positive Erlebnisse weniger hängen bleiben, weil wir die Leute auch danach nicht mehr begleiten müssen. Ich hatte aber einen geflüchteten Mann hier letztens, dem ich einfach nur erklärt habe, was er machen kann. Weil er aber auf allen Ämtern nie so wirklich Hilfe bekommen hatte und nicht wusste, was er machen soll, hat diese Beratung ihn sehr froh gestimmt, auch wenn ihm bezüglich seines Aufenthaltstitels noch gar nicht geholfen war. Manchmal hilft es auch einfach schon, den Leuten ihre Möglichkeiten aufzuzeigen. Das war, glaube ich, das letzte richtig coole Beratungserlebnis.

Habt ihr Erfahrungen mit Anfeindungen gemacht? Wie ist die Rückmeldung aus eurem Bekanntenkreis?

Niklas: Das Feedback war, bis auf meine etwas konservative Oma, die das alles nicht so ernst nimmt mit meinem „Gutmenschentum“, bisher immer positiv. Mit Anfeindungen habe ich zum Glück keine Erfahrung gemacht.

Lukas: Bei mir ebenso. Nur von Nachbar:innen aus der Heimat, die auch bei Pegida unterwegs sind, gab es mal einen Kommentar. Wir stehen ja aber auch nicht im Licht der Öffentlichkeit, man erkennt uns also auch nicht auf der Straße und könnte uns anfeinden.

Kommt es manchmal zu Diskussionen innerhalb des AK über Vorgehen oder zum Beispiel auch über Politisches?

Lukas: Manchmal gibt es Richtungsdiskussionen. Zum Beispiel in Bezug auf die vorhin angesprochene Information über Abschiebungen. Wir klären das dann aber auch immer. Über Ziele gibt es keine Diskussion.

Niklas: Wer sich bei Amnesty engagiert, vertritt eben eine bestimmte Meinung. Nur zu juristischen Diskussionen kommt es manchmal. Dann schauen wir aber noch mal nach und können auch diese Meinungsunterschiede schnell lösen.

Interview und Fotos: Manuel Klein

- Der Asyl-AK trifft sich alle zwei Wochen dienstagabends. Wenn Ihr Menschen kennt, die Beratungen suchen, oder Ihr Euch selbst gern engagieren wollt, leitet sie gerne an den Asyl-AK weiter: +49 163 96 20 493 / asyl@ai-campus.de
- Mehr Infos gibt es auch hier: <https://www.ai-campus.de/de/>

StuRa aktuell



Für den Inhalt ist der Studierendenrat der Martin-Luther-Universität verantwortlich.

Willkommen, welcome, bienvenu, bienvenidos, добро пожаловать, vítejte, mile widziany, welkom, willkommen an der MLU

Aus aktuellem Anlass konzentrieren wir uns heute nur auf unsere neuen Kommilitoninnen und Kommilitonen! Wir freuen uns sehr, dass Ihr alle so zahlreich an die MLU gefunden habt, und können eines am Anfang mit absoluter Sicherheit sagen: Vor Euch liegt ein wundervoller und aufregender Lebensabschnitt. Da Ihr aber noch nicht so richtig wisst, wer wir sind, stellen wir uns zunächst vor. In Zukunft könnt Ihr an dieser Stelle dann immer die aktuellen Geschehnisse aus dem Studierendenrat (StuRa) in Erfahrung bringen.

Studierendenrat? Was soll das sein, und was machen die gewählten Mitglieder eigentlich für mich? Jeder Studierende leistet einen kleinen Beitrag pro Semester an die Studierendenschaft; Geld, mit dem wir viel bewerkstelligen können.

Unsere Hauptaufgabe ist die Hochschulpolitik und die Vertretung Deiner Interessen gegenüber den anderen Hochschulgremien, der Universitätsverwaltung und der Öffentlichkeit. Doch auch darüber hinaus bieten wir Dir allerhand Hilfestellungen an, die für Dich besonders in den ersten Monaten Deines Studiums wichtig sind.

Du bist auf der Suche nach einem Job? Kein Problem. Mit unserer kostenlosen Jobvermittlung unterstützen wir Dich bei der Suche nach dem passenden Nebenverdienst. Auch bei Angelegenheiten rund um Miet-, Vertrags-, Arbeitsrecht und Co. können wir Dir mit unserer unentgeltlichen Rechtsberatung helfen. Bei besonderen Fragen zum BAföG finden wir mit unserer unabhängigen Beratung eine Antwort. Du bist in einer Notlage, und Dein Studium gerät dadurch in Gefahr? Mit Hilfe eines Sozialdarlehens können wir Dir eventuell unter die Arme greifen.

Alle Beratungen sind für Mitglieder der verfassten Studierendenschaft kostenlos und finden immer donnerstags statt. Außerdem kannst Du pro Semester einen Gutschein für die Verbraucherzentrale einlösen, den Du auf unserer Homepage erhältst: <https://www.stura.uni-halle.de/verbraucherzentrale/>

Oder Du willst Dich einfach selbst engagieren? Wir fördern Projekte und unterstützen Dich nicht nur finanziell, sondern auch mit etwas Technik, Werbung oder einer Veranstaltungsversicherung. Außerdem freuen wir uns, wenn Du Dich selbst bei uns oder in einer anderen studentischen Initiative einbringen willst. Wir helfen Dir gerne, die richtige zu finden.

Das große StuRa-Arbeitskreis-ABC

Engagement während des Studiums ist enorm wichtig. Das hilft Dir nicht nur dabei, neue Freunde kennenzulernen, sondern erweitert auch Deinen eigenen Horizont und sieht zuletzt gut im Lebenslauf aus. An der MLU gibt es viele Möglichkeiten, sich einzubringen. Eine davon sind unsere Arbeitskreise.

Arbeitskreise, hä? Ja, die gibt es. Insgesamt dreizehn von diesen merkwürdigen Gruppen gehören zum StuRa und unterstützen uns bei unseren Aufgaben. Doch was genau machen die dreizehn AKs eigentlich, warum erhalten die vom StuRa Geld, und wozu brauchen wir die?

Der Studierendenrat hat ganz genau vorgeschriebene Aufgaben. Diese sind im Landeshochschulgesetz, §65, definiert und auch in unserer Satzung festgeschrieben. Das Spektrum ist dabei sehr vielfältig: Es geht um hochschulpolitische Themen und Meinungsbildung, kulturellen Austausch, gesellschaftliches Engagement, die Förderung des Studierendensports und vieles mehr.

Zum Glück unterstützen uns unsere Arbeitskreise bei der Bewältigung dieser Aufgaben.

Im Laufe der letzten Jahre haben uns viele fleißige und engagierte Kommilitoninnen und Kommilitonen bei der Organisation und Durchführung von Protesten geholfen, alternative Vorlesungen rund um Adorno, Zivilklausel oder Gendertheorien veranstaltet, für bessere Studienbedingungen gekämpft oder einfach coole Partys geschmissen.

Auch bei Deinem persönlichen Engagement können unsere Arbeitskreise weiterhelfen. Du willst Dich für Deine Uni einsetzen, bei der Organisation von Veranstaltungen helfen oder vielleicht für eine familienfreundliche Hochschule kämpfen? Dann schau Dir doch einfach mal unsere AKs an und mach selbst mit! Wir freuen uns über jede Unterstützung. Vielleicht hast Du aber auch eine völlig neue Idee und denkst, dass diese unbedingt in unser Aufgabenfeld gehört? Dann komm vorbei und stell uns Dein Vorhaben vor. Wenn alles passt, steht Deinem eigenem AK nichts im Wege. So wollen wir Euch ermöglichen, auch ohne ein Wahlmandat neben dem Studium aktiv zu werden.

Eine wirklich kurze Kurzbeschreibung aller AKs:

AK Alternatives Vorlesungsverzeichnis – Organisiert seit vielen Jahren Vorlesungen, die so im Unialltag nicht auftauchen.

AK Antifa – Setzen sich aktiv gegen Rassismus ein.

AK Inklusion – Einsatz für bessere Studienbedingungen für Studierende mit Handicap.

AK Internationales – Anlauf- und Beratungsstelle für internationale Studierende.

AK Kritische Jurist*innen – Jura kritisch und interdisziplinär diskutiert.

AK Kultur – Förderung des kulturellen Angebotes an der MLU.

AK Protest – Hauptaufgabe: Gegen die massiven (finanziellen) Kürzungen an der Hochschule vorgehen.

AK que(e)r_einsteigen – Alternative Veranstaltungen rund um Queer Studies und die Hinterfragung von sozialen Kategorien wie Geschlecht, Sexualität, Ethnizität, uvm.

AK Studieren mit Kind – Sorgen für bessere Studienbedingungen für studentische Eltern.

AK Uni im Kontext – Vernetzung von Universität und Gesellschaft.

AK Wohnzimmer – Sorgen liebevoll für einen StuRa, der allen offen steht.

AK Zivilklausel – Etablierung einer konstruktiven Debatte zum Einführen einer Zivilklausel an der MLU.



StuRa-Party in der Drushba; Foto: Benjamin Pape

Die offizielle Erstsemesterparty 2021

Die offizielle StuRa-Ersti-Party ist die traditionsreichste und größte dieser Art in Halle und damit die beste Gelegenheit, neue Kommilitoninnen und Kommilitonen kennenzulernen.

Nachdem unsere legendäre Erstiparty im letzten Jahr coronabedingt leider ausfallen musste, freuen wir uns, dass wir in diesem Jahr wieder eine Party für euch planen können. Damit auch wirklich alle, die Bock haben, mit uns den Start ins Wintersemester 2021/22 zu feiern, dabei sein können, wird es dieses Jahr die StuRa-Klubtour nicht nur an einem Abend, sondern voraussichtlich gleich an zwei Abenden in der ersten Vorlesungswoche im Oktober 2021 geben!

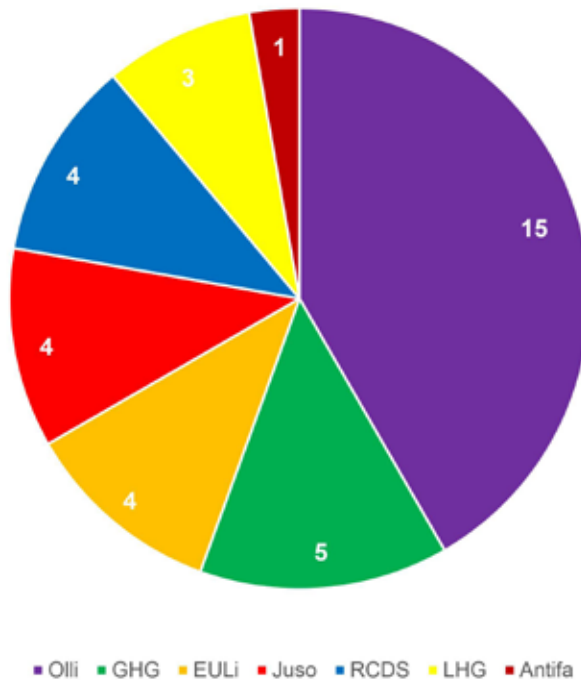
Da wir die diesjährige Klubtour coronakonform planen müssen, müssen wir natürlich sehr flexibel bleiben, um uns an das aktuelle Pandemiegeschehen anpassen zu können.

Damit Ihr immer topaktuell über die Erstiparty informiert seid, folgt uns doch gerne auf Facebook, Twitter und Instagram oder schaut regelmäßig auf unserer Website unter www.stura.uni-halle.de/#neuigkeiten vorbei. Dort wird es dann rechtzeitig alle Informationen zu den Veranstaltungsterminen und dem Kartenvorverkauf geben.

Hochschulwahl digital 2021

Vom 7.6. bis 16.6.2021 fanden die diesjährigen Hochschulwahlen für die universitären und studentischen Gremien statt. Dabei wurde die Wahl bereits zum zweiten Mal als digitale Wahl durchgeführt. Ihr hattet insgesamt 1,5 Wochen Zeit, Eure elektronischen Stimmen über das Löwenportal der Uni abzugeben. Mit einer Wahlbeteiligung von 15,7% habt Ihr sowohl Eure Fachschaftsräte als auch Eure Studierendenvertretung gewählt. Die Sitzverteilung des 32. Studierendenrats, welcher sich zum kommenden Wintersemester 2021/22 konstituieren wird, sieht wie folgt aus.

Sitzverteilung StuRa 2021/2022



Mit 15 Sitzen ist die Offene Linke Liste (OLLi) klarer Wahlsieger der diesjährigen Hochschulwahlen. Die zweitmeisten Plätze hat die Grüne Hochschulgruppe (GHG) mit 5 Sitzen geholt, und das, obwohl sie bei der letzten Wahl 2020 gar nicht angetreten war und sich zu dieser Wahl 2021 erst einmal neu aufstellen musste. Die EULi (Eure Liste), Juso-Hochschulgruppe und der RCDS (Die CampusUnion) konnten jeweils 4 Sitze für den StuRa holen. Die LHG (Liberale Hochschulgruppe), welche im 30. Studierendenrat sowohl einen Sprecher für Finanzen als auch einen vorsitzenden Sprecher stellte, sitzt mit 3 Plätzen im 32. StuRa. Mit 1 Sitz zieht auch die Antifaschistische Liste in den kommenden StuRa ein.

Besonders schade ist es, dass auch in diesem Jahr keine Studierenden des Studienkollegs zur Wahl standen und somit auch kein Sitz an eine*n Vertreter*in des Studienkollegs ging.

Alle Wahlergebnisse und weitere Informationen rund um die Hochschulwahlen findet Ihr unter www.hochschulwahl.info

Kürzungsproteste an der Uni #MLUnterfinanziert

Wir waren schockiert, als wir Ende Mai von den Kürzungsplänen des Rektorats hörten. Auch wenn der Uni erhebliche finanzielle Mittel fehlen, welche eigentlich vom Land Sachsen-Anhalt sichergestellt werden müssten, darf die Lösung nicht bedeuten, dass insbesondere kleine Fächer gestrichen werden. Diese Ansicht vertreten nicht nur wir im StuRa, sondern auch knapp 1000 Studierende, die am 2.6.2021 beim ersten Kürzungsprotest unmittelbar vor der Senatssitzung auf dem Uniplatz gegen die Kürzungspläne des Rektorats protestierten, sowie über 16 000 Unterstützer*innen, welche die Petition gegen die Kürzungen an der MLU unterschrieben haben.

Auch beim zweiten Protest der Agrarwissenschaften am 29.6.2021 waren wir lautstark mit dabei und haben uns solidarisch mit den Agrarwissenschaftler*innen und allen weiteren bedrohten Fächern gezeigt.

Diese ersten Proteste waren jedoch nur der Anfang. Anfang Juli hat sich das Aktionsbündnis #MLUnterfinanziert gebildet, welchem wir als Studierendenrat selbstverständlich beigetreten sind.

Die Kürzungsdiskussionen an der MLU sind noch nicht vorbei. Wir finden: Die Proteste müssen weitergehen!

Angebote

Technikleihe (Musikanlage, Beamer, ...)

BAföG-, Rechts- und Sozialberatung

Kinderinsel

Gutschein für Verbraucherzentrale:

[www.stura.uni-halle.de/](http://www.stura.uni-halle.de/verbraucherzentrale/)

[verbraucherzentrale/](http://verbraucherzentrale.de)

Feste Termine

BAföG-, Rechts-, Nebenjob- und Sozialberatung, Diskriminierungsberatung

Jeden Donnerstag von 14.00 bis 16.00 Uhr
(in der vorlesungsfreien Zeit jeden

2. Donnerstag)

Anmeldung:

www.stura.uni-halle.de/service

Information in English

[www.facebook.com/](https://www.facebook.com/sturahallereferatinternationales)

[sturahallereferatinternationales](https://www.facebook.com/sturahallereferatinternationales)

Verkürzte Öffnungszeiten

Aufgrund der aktuellen Lage (COVID-19) bitten wir Euch nicht persönlich vorbeizukommen! Ihr könnt uns telefonisch oder per Mail erreichen.

Montag 13.00–16.00 Uhr (regulär –18.00 Uhr)

Dienstag 13.00–16.00 Uhr (regulär –18.00 Uhr)

Donnerstag 13.00–16.00 Uhr (regulär –18.00 Uhr)

Wenn sich die Lage normalisiert, gelten wieder die regulären Öffnungszeiten.

Studierendenrat MLU Halle

Universitätsplatz 7

06099 Halle

Tel. 0345 552 14 11

Fax 0345 552 70 86

Mail: stura@uni-halle.de

www.stura.uni-halle.de

www.facebook.com/sturahalle

twitter.com/StuRa_Halle

instagram.com/stura_uni_halle

Das Schlechte-Witze-Kreuzworträtsel

Wie schlecht ist Dein Humor wirklich? Finde es heraus!

1. Welche Sprache spricht man in der Sauna?

2. Wie nennt man einen Delphin mit einer Unterhose auf dem Kopf?

3. Wie nennt man einen Ritter ohne Helm?

4. Wie nennt man eine Hexe in der Wüste?

5. Was macht ein Clown im Büro?

6. Wie nennt man eine Gruppe von Wölfen?

7. Wie heißt der vegetarische Bruder von Bruce Lee?

8. Was sagen Engländer, wenn ihre Kühe weg sind?



Richtige Antworten

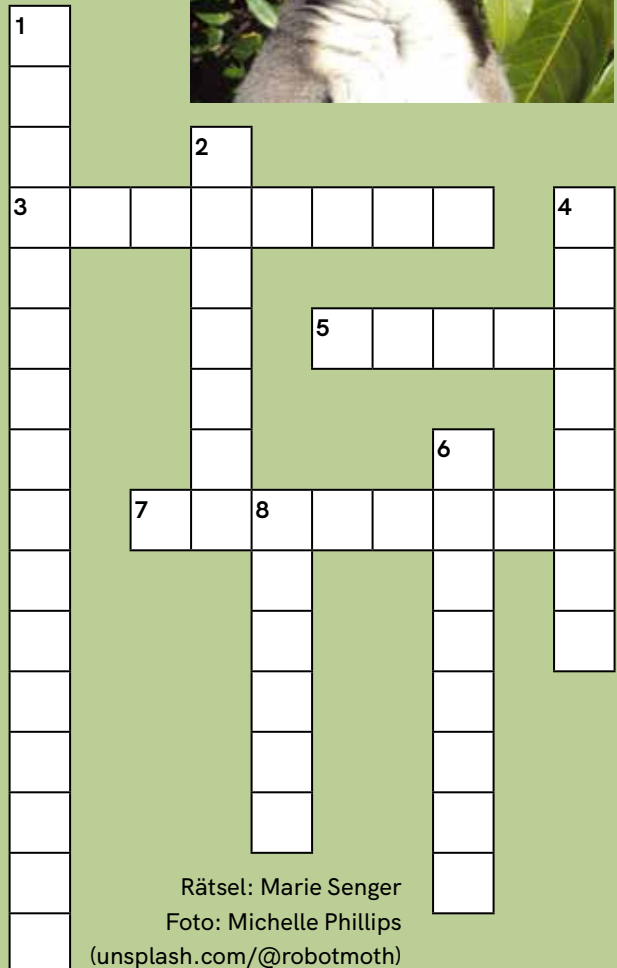
1 bis 2: Du kannst entspannen. An einem bis zwei von diesen Schenkelklopfern kommt man nie vorbei.

2 bis 4: Kritisch, aber es gibt noch Hoffnung für Dich.

4 bis 6: Dein Humor bewegt sich auf sehr dünnem Eis. Ein Kracher ist er aber nicht.

6 bis 8: RIP ...

- Des Rätsels Lösung findet Ihr wie immer online auf hastuzeit.de



Rätsel: Marie Senger

Foto: Michelle Phillips

(unsplash.com/@robotmoth)